

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schym.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 8892.

Inserte
für die sechsgepaßte Colonne oder deren Raum 20 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **169200** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Die wirtschaftliche Bedeutung des russisch-japanischen Krieges.

Der anfangs Februar zwischen Rußland und Japan ausgebrochene Krieg in Ostasien hat angesichts der heutigen tausendfachen internationalen Zusammenhänge und des Weltmarktes sowie der wirtschaftlichen Bedeutung der beiden Länder auch für die Arbeiter erhebliches Interesse. Die Zeiten, in denen Goethe gleichgültig von dahinter in der Türkei reden konnte, wo die Völker aufeinander schlagen, sind vorüber. Heute haben, wie man das noch in jedem Falle erfahren mußte, auch die Wirren in der Türkei mehr oder weniger fühlbare Folgen für das internationale Wirtschaftsleben, um so mehr aber muß ein Krieg zwischen zwei so großen Mächten, wie Rußland und Japan, die allgemeine Wirtschaftslage beeinflussen. Man erinnere sich dabei nur der empfindlichen wirtschaftlichen Folgen des Burenkrieges und der chinesischen Wirren, die im Jahre 1900 geradezu die unmittelbare Ursache des Eintrittes der allgemeinen Wirtschaftskrise wurden.

Der russisch-japanische Krieg hat bereits bewirkt, daß Bestellungen in Europa annulliert oder ihre Ausführung auf unbestimmte Zeit verschoben und daß geplante Unternehmungen während des Krieges nicht ausgeführt werden. So wird aus Rußland gemeldet, daß die Ausführung einer ganzen Anzahl Eisenbahnbauten bis auf weiteres unterbleibt, und zwar solche des Staats wie privater Unternehmungen. Die hierfür bestimmt gewesenen Bau- und Subventionssummen werden für die Kriegsführung verwendet. Weiter bewirkt der Krieg eine tiefeinschneidende Störung und Hemmung des ganzen Verkehrs, des Geschäftsumsatzes und der Beschäftigung in Fabriken und Werkstätten.

In Rußland ist in dem letzten Jahrzehnt unter dem Protektorat des gewesenen Finanzministers Witte die Industrie mächtig gefördert und gestärkt worden, insbesondere die Textil-, Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, so daß die Industrialisierung Rußlands bedeutende Fortschritte gemacht hat. Der Krieg bringt nun eine allgemeine Stockung, Arbeiterentlassungen und Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, einen allgemeinen Rückgang des Konsums, so daß eine schwere Wirtschaftskrise mit allen ihren verheerenden Wirkungen zur Tatsache wird.

Die gleichen Verhältnisse bestehen und werden eintreten in Japan. Aber dessen industrielle Bedeutung macht Gustav Eckstein in der Neuen Zeit (Heft 17, 1904) folgende Angaben: 1894 hatte das Land 40 modern eingerichtete Spinnereien mit 382000 Spindeln, welche im Jahre 39 Millionen Kilogramm Gespinnst lieferten; 1898 gab es 72 solche Fabriken 1146000 Spindeln und 126 Millionen Kilogramm Gespinnst. Die Seidenproduktion stieg von 1895 bis 1898 auf das Doppelte. Der Steinkohleneport hat sich von 1886 bis 1899 im Tonnengehalt vervierfacht, an Wert beträgt er das Sechsfache. Die Petroleumproduktion ergab noch 1890 bloß 54399 Koku (1 Koku = 180 Liter), 1899 bereits 474407 Koku. Die Zahl der Handelsdampfer betrug 1880 erst 210, mit einem Tonnengehalt von 41215 Registertonnen, 1899 aber 1221 mit 315168 Registertonnen. Von Interesse ist auch die rasche Zunahme des Zuckereports, da sie einen gewissen Gradmesser bietet für den Wohlstand der Bevölkerung. Die Eigenproduktion des Landes ist ziemlich gering. 1891 wurde für 7811307 Yen (1 Yen = 4,41 Mk., Kurswert 2,10 Mk.) Zucker importiert, 1900 aber für 26691757 Yen.

Bezeichnend dafür, wie vollkommen der Kapitalismus auch in Japan seine Natur und Konzentrationstendenzen beibehalten hat, ist die folgende Tabelle. Es gab in Japan:

im Jahre	Fabriken mit Motoren	Jahr der Herbeibräufte	Fabriken ohne Motoren
1894	2409	41031	3576
1895	2758	61252	4396
1896	3037	64429	4603
1897	2910	63434	4377
1898	2964	79016	4131
1899	2305	76885	4394
1900	2388	95392	4896

Kartelle und Trusts beginnen auch bereits in Japan ihren Einzug zu halten, sie bestehen heute schon in der Petroleumproduktion, in der Zündholzindustrie, in der Seidenweberei u. „Doch warum“, sagt Chamberlain, „den Versuch machen, statistische Daten zu geben, die nach wenigen Wochen schon wieder veraltet sind? Kein Monat vergeht, ohne neue Fabriken entstehen zu lassen für Zement, für Teppiche, Glas und Seife, Regenschirme, Hüte, Zündhölzer, Uhren, für Biskuit, Schmelzwerke, Elektrizitätsanlagen, Stahlwerke und Maschinenhallen aller Art.“

Was den Handelsverkehr mit Deutschland und seine Entwicklung in den letzten Jahren betrifft, so gestaltete er sich mit beiden Ländern folgendermaßen. Es exportierte und importierte Deutschland von und nach:

im Jahre	Rußland		Japan	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1893	353,4	194,6	7,8	18,6
1894	543,9	194,8	7,0	17,1
1895	568,8	220,9	7,8	26,1
1896	684,7	364,2	11,4	35,6
1897	708,3	372,0	12,2	39,3
1898	786,6	440,5	10,3	43,0
1899	715,8	437,5	16,5	40,9
1900	729,5	359,0	16,4	70,4
1901	729,6	345,9	19,8	45,5
1902	773,6	372,1	17,8	49,8

Nach Japan exportiert Deutschland mehr als es ihm abnimmt und zwar in den verschiedenen Jahren des Dezenniums 1893 bis 1902 um das Doppelte bis Drei- und Vierfache. Das umgekehrte Verhältnis besteht in bezug auf Rußland, dem Deutschland um das Doppelte mehr abläuft als es selbst liefert, und zwar ist das Mißverhältnis in der Hauptsache auf den Getreideimport aus Rußland zurückzuführen.

Inwiefern von dem gegenwärtigen Krieg die deutsche Eisen- und Maschinenindustrie betroffen wird, mag aus folgenden Angaben erhellen. Deutschland exportierte in Millionen Mark nach

	Rußland		Japan	
	1902	1901	1902	1901
Aluminium-, Nickel-, Kupfer- und Messingwaren	1,63	1,65	—	—
Rohes Blei, Bruchblei, Bleiabfälle	1,01	1,20	—	—
Dampfschiffe von Eisen und Stahl	8,00	5,85	—	—
Schmelzbares Eisen in Stäben, Radtrans- und Pfugschareneisen	2,00	3,71	2,85	2,57
Feine Waren aus Guß- oder Schmiedeeisen	8,77	8,57	—	—
Große Eisenwaren	15,72	18,06	1,14	2,21
Fahrräder und Fahrradteile	0,94	1,01	—	—
Instrumente, optische, chirurg., musikal.	4,97	6,47	—	—
Gold, roh, auch in Barren	36,63	3,50	—	—
Gold- und Silberwaren	6,91	5,79	—	—
Kupfer, rohes	0,98	0,83	—	—
Kupfer- und Messing- u. Waren, feine	4,05	4,33	—	—
Kupfer- und Messingwaren, grobe	0,98	0,77	—	—
Drahtstifte	—	—	2,15	1,22
Eisenbruch	—	—	0,99	1,10
Platten und Bleche aus schmiedbarem Eisen, rohe	—	—	1,85	2,28
Landwirtschaftliche Maschinen	4,65	4,92	—	—
Müllereimaschinen	0,96	0,97	—	—
Elektrische Maschinen	2,24	4,24	—	—
Baumwollmaschinen	0,39	1,31	—	—
Webereimaschinen	0,76	0,60	—	—
Dampfmaschinen	1,94	3,07	—	—
Werkzeugmaschinen	2,27	1,31	—	—
Pumpen	0,87	1,37	—	—
Sebemaschinen	0,58	0,74	—	—
Maschinen zu industriellen Zwecken, nicht besonders genannt	4,51	7,50	0,55	1,47
Nähmaschinen und Teile davon	5,09	5,04	—	—
Uhren	0,86	0,76	—	—
Zinn, rohes, Bruchzinn, auch Abfälle	3,24	3,87	—	—
Total	110,90	87,44	9,08	10,85

Der Ausfuhr nach Japan steht keinerlei Einfuhr an Eisenwaren u. gegenüber, der Ausfuhr nach Rußland dagegen eine Einfuhr von 5,15 Millionen Mark in 1902 und von 50,84 Millionen in 1901. Bei der Einfuhr von 1902 handelt es sich um Eisenerze (0,97), Gold- und Platinaerze (3,88) und gemünztes Gold (0,30 Millionen Mark), bei jener von 1901 um die gleichen Artikel im Werte von 0,63, 3,46 und 46,75 Millionen. Der bedeutende Import von gemünztem Gold hat hier die Einfuhr erheblich gesteigert, die aber gleichbedeutend mit dem Gegenwert für den entsprechenden deutschen Wareneport ist. In 1902 hat übrigens Deutschland, wie aus der Tabelle ersichtlich, für 36,63 Millionen rohes Gold nach Rußland exportiert. Der gesamte Eisen- und Maschinen- u. Export nach den beiden Kriegsländern betrug 1902 119,93 und 1901 98,29 Millionen. Der deutsch-russische Außenhandel in Eisen u. steht im Gegensatz zu dem Gesamtäußenhandel der beiden Länder insofern, als dort erheblich die deutsche Ausfuhr die russische Einfuhr überwiegt, hier aber das gegenteilige Verhältnis besteht.

Der gesamte Außenhandel Deutschlands betrug 1903 6299 (1902 5806) in der Einfuhr und 5095 (4813) Millionen Mark in der Ausfuhr, der Außenhandel in Eisen und Eisenwaren 57,22 (51,83) beziehungsweise 658,25 (603,38) Millionen Mark. Daraus ist ersichtlich, welchen großen Anteil an dem gesamten deutschen Außenhandel die Eisenindustrie hat und wie erheblich für letztere der Export namentlich nach Rußland in Betracht fällt.

Der Ausbruch des russisch-japanischen Krieges hat dem auch an den Börsen einen wahren Krach zur Folge gehabt, wovon nicht allein die russischen Staatsanleihen, sondern auch zahlreiche Industriepapiere betroffen wurden. Kein Zweifel, der Krieg bedeutet einen neuen Rückschlag in dem kaum etwas reger gewordenen Wirtschaftsleben, und es wird von der Dauer wie von dem Verlauf des Krieges abhängen, bis zu welchem Grade die Verschlechterung gehen wird. Auf

jeden Fall muß wiederum das arbeitende Volk in den un- beteiligten wie in den beiden Kriegsländern die Hauptkosten in allen Formen tragen. Den Vorteil davon haben die besitzenden und herrschenden Klassen.

Aus den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften.

Die Eisen- und Stahlarbeiter haben unter der im Jahre 1899 begonnenen Krise am schwersten zu leiden gehabt. Arbeitslosigkeit, Lohnreduktion, Leistungssteigerung, das waren für den Arbeiter die Begleitererscheinungen der Krise. Und eine einsetzende Depression macht sich für die Arbeiterschaft sofort in der schärfsten Weise fühlbar, unmittelbar mit voller Wucht treffen den Arbeiter die Schläge, die manche Existenz für immer zugrunde richten. So ging der Jahresdurchschnittslohn bei der Rheinisch-Westfälischen Kleinereisenindustrieberufsgenossenschaft von 1900 auf 1901 um 85 Mk., auf 1005 Mk. zurück, das sind 8 Prozent, bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft ging er von 1900 auf 1901 um 44 Mk., in 1902 wiederum um 8 Mk. zurück. In der erstgenannten Berufsgenossenschaft waren 1901 über 26549 Personen versichert, deren Einkommen nicht an den ortsüblichen Tagelohn heranreichte, das Durchschnittseinkommen der jugendlichen Arbeiter betrug nur 379 Mk. Mit den Lohnsteigerungen geht es aber lange nicht so schnell wie mit den Lohnverminderungen. Im Jahre 1902 sind zum Teil noch erheblich mehrere Lohnrückgänge zu verzeichnen gewesen. Nach den Berechnungen für Vollarbeiter und den anrechnungsfähigen Böhlen ergibt sich für die Jahre 1901 und 1902 folgendes Bild:

Name der Berufsgenossenschaft	Anzahl der beschäftigten Personen		Jahresdurchschnittslohn pro Kopf	
	1901	1902	1901	1902
Rheinisch-Westf. Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie	157481	160922	1098,08	1090,93
Rheinisch-Westf. Hütten- und Walzwerke	126902	126488	1310,09	1301,98
Süddeutsche Eisen- und Stahl	177710	165685	876,59	915,72
Nordwestdeutsche Eisen- u. Stahl	129159	125534	975,42	984,24
Sächs.-Thüringische	118371	111317	985,71	983,92
Nordöstliche	93902	88821	1003,22	1007,70
Schlesische	94497	94185	817,38	804,04
Südwestdeutsche Eisen- und Stahl	53612	57593	1048,69	1037,94
Schmelz-	—	131256	—	790,16

Die letztere Genossenschaft ist erst 1902 gebildet worden, die Ergebnisse können zu irgend welchen Betrachtungen noch nicht dienen. Die angeführten anrechnungsfähigen Löhne stehen wohl bei allen Berufsgenossenschaften, mit Ausnahme der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, weit über dem Niveau der wirklich bezahlten Löhne. Die Ausnahme erklärt sich in der Hauptsache schon daher, weil die Natur der Arbeit in den dieser Berufsgenossenschaft angeschlossenen Großbetrieben die ausgedehnte Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nicht duldet. Weiter ist zu berücksichtigen, daß nicht die wirklich beschäftigten Arbeiter, sondern sogenannte Vollarbeiter der Berechnung zugrunde gelegt sind, das heißt für je 300 Arbeitsschichten wird ein Vollarbeiter angenommen. Bei viel Feierschichten verringert sich die Zahl der Arbeitstage, mithin auch die Anzahl der Vollarbeiter, der Jahresdurchschnittslohn erscheint wiederum höher.

So sorgt die amtliche geistliche Statistik dafür, daß das Arbeiterelend immer noch verschleiert werden kann. Ein weiteres Moment der Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse ist die Lohnverrechnung für Personen, die nicht den ortsüblichen Tagelohn erreichen, sie werden nämlich mit diesem Lohnsatz in die berufsgenossenschaftlichen Berechnungen eingestellt. Da in den letzten Jahren, besonders in 1901 und 1902, die ortsüblichen Tagelöhne heraufgesetzt wurden, werden dadurch die Berechnungen der Berufsgenossenschaften nicht unwesentlich beeinflusst, nochmals erscheinen die Durchschnittslöhne höher als sie wirklich sind. So betrug beispielsweise der anrechnungsfähige Jahreslohn der jugendlichen Arbeiter in der Rheinisch-westfälischen Maschinenbau-berufsgenossenschaft im Jahre 1900 nur 379 Mk., im Jahre 1902 dagegen 417 Mk., also eine Steigerung von 38 Mk. Daß dadurch die Gesamtdurchschnittslöhne stark beeinflusst werden, liegt auf der Hand. Zum Teil wohl daraus erklärt sich die Steigerung des anrechnungsfähigen Durchschnittslohnes bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl- und auch bei der Norddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft. Aber trotz aller der verschiedenen, rosigen Licht verbreitenden Momente, sind bei den meisten Berufsgenossenschaften der Eisenindustrie die Durchschnittslöhne noch zurückgegangen. Bei dem Rückgang der Löhne betätigte sich auch die Vorliebe für vermehrte Einstellung jugendlicher — billiger — Arbeiter. So entfielen auf je 1000 erwachsene Versicherte bei der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau-berufsgenossenschaft im Jahre 1900 nur 219 Jugendliche, im Jahre 1902 aber 302. So schieben

die Unternehmer die Kosten der Krise auf die Arbeiter ab. Dauern den Schaden haben von der Krise die Arbeiter, die in den Jahren anhaltender Lohnverminderung entschädigungs-pflichtigen Unfall erleiden. Der Rentenberechnung wird der Durchschnitt der in den letzten drei Jahren wirklich erzielten Einkommen zugrunde gelegt, nicht etwa der Durchschnitt der arbeitsfähigen Löhne. Wer ein paar Jahre lang wenig verdient hat und erleidet dann einen Unfall, der ist für immer geschädigt, seine Rente wird entsprechend dem niedrigen Lohne der mageren Jahre festgesetzt.

Die für Unfallentschädigungen aufzuwendenden Summen nahmen bei den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften folgende Entwicklung.

Name der Berufsgenossenschaft	Summe der Entschädigungen		Entschädigungszahlungen pro 100 Mt. Beschäft. und 1000 Beschäft.	
	1901	1902	1901	1902
Rheinisch-Westf. Maschinenbau- und Kleinindustrie	1689984	1827926	9,46	10,41
Rheinisch-Westf. Gütten- u. Walzwerke	2469729	2692290	14,86	16,85
Südwestdeutsche Eisen- und Stahl	1688289	1849893	10,52	12,19
Nordwestdeutsche Eisen- u. Stahl	1688289	1889215	15,40	15,29
Sächs.-Schüttingische	1010805	1111972	9,05	10,15
Nordhessische	1118508	1814205	12,62	14,68
Schlesische	1186217	1816678	15,41	17,89
Südwestdeutsche Eisen- u. Stahl	740517	816158	13,17	13,66
Schmiede	-	82016	-	0,79

Insgesamt betragen für 1901 die Entschädigungen 11502246 Mt., für 1902 (ausschließlich der Schmiedeberufsgenossenschaft) 12817777 Mt. Im allgemeinen ist die Unfallgefahrlichkeit in der Eisenindustrie sehr hoch, die Unfallquote steigt stetig. Und die Unfälle werden zunehmen, so lange nicht die Fabrikaufsicht speziell in Preußen besser wird. Im Jahre 1902 entfielen zum Beispiel bei der Fabrikaufsicht in Preußen auf jeden Beamten 577 revisionspflichtige Betriebe und durchschnittlich 10760 Arbeiter. Bei diesem unzulänglichem Apparat blieben natürlich die Hälfte der Betriebe überhaupt unrevidiert. Daß das die Unternehmer nicht dazu erzieht, die Vorschriften zu beachten, ist bei dem Bestreben des Kapitals, die Profitrate immer zu erhöhen, selbstverständlich. Dazu kommt noch die große Milde bei festgestellten Übertretungen. Anzeigen erfolgen erst, wenn die Gesetzesverächter sich hartnäckig zeigen, zunächst werden sie nur ermahnt. Trotzdem mußten im Berichtsjahr 44000 Fälle allein von Übertretungen gegen die zum Schutze der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen erlassenen Bestimmungen konstatiert werden. Bestraft wurden nur 954 Personen. Die Strafe ist jedoch gewöhnlich so gering, daß sie, wie selbst Fabrikinspektoren erklären, geradezu zu weiteren Übertretungen anreizt. Von den technischen Beamten der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau-berufsgenossenschaft wurden von 7022 Betrieben 1265 revidiert, davon mußten in 420 Betrieben, das ist ein Drittel der revidierten Betriebe überhaupt, mangelhafte Einrichtungen konstatiert werden. Der Fehler ist, daß wir den Arbeiterschutz in der Hauptsache nur auf dem Papier stehen haben. Es sollte nicht vergessen werden, daß eine energische Durchführung der bestehenden Bestimmungen nicht ohne Einfluß auf die Lohnverhältnisse bleibt. Mancher Lohnreduktion wird nur darum kein größerer Widerstand entgegengesetzt, weil eine größere Nichtbeachtung der Schutzbestimmungen, eine völlige Preisgabe der zur Erhaltung von Gesundheit und Leben erforderlichen Vorsicht, die Hoffnung läßt, einige Minuten Zeit zu gewinnen, die man zum Ausgleich der Lohnreduktionen verwenden kann.

Wird die Aufsicht so ausgestaltet, daß die Bestimmungen nicht mehr ignoriert werden können, dann wird auch der Widerstand gegen Lohnkürzungen stärker werden. So enthält die Frage des Arbeiterschutzes außer dem ethischen, humanitären Moment, auch ein solches wirtschaftlicher Natur, und zwar in höherem Maße, als bei oberflächlichem Urteil angenommen wird.

Die Organisation, Kampfmethod und soziale Lage der englischen Metallarbeiter.

Über dieses Thema sprach am Sonntag den 24. Februar der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein in einer stark besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung zu Nidbar bei Berlin. Dem äußerst interessanten Vortrag entnehmen wir folgendes: Einleitend bemerkte der Referent, daß die englische Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu verschiedenen Zeiten sehr verschiedene Ansichten laut geworden seien. Früher habe man die englischen Gewerkschaften vielfach überschätzt, indem sie meistens als das vollendetste Muster einer proletarischen Klassenorganisation betrachtet wurden. Auf dem Kontinent glaubte man fast allgemein, es liege völlig im Willen und Belieben der englischen Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, soweit Großbritannien in Frage kommt, den sozialistischen Idealen entsprechend umzuwandeln, und man sah schon im Geiste den nahen Zeitpunkt, wo dies geschehen würde. Dann aber, als sich die gehegten Erwartungen nicht erfüllen wollten, machte sich eine starke Reaktion in der Meinung über die englischen Gewerkschaften bemerkbar. Man sprach von deren Verfall, ihrer Indolenz, ihrem Mangel an sozialistischer Entschlossenheit und politischer Auffassung u. s. w.; kurz, die frühere Überschätzung machte nach und nach einer ebenso großen Unterschätzung Platz. Bei objektiver Betrachtung der Dinge aber müßte man sich doch sagen: Der Entwicklungsstand der englischen Gewerkschaften paßt seine sachliche Begründung in den spezifisch englischen Allgemeinverhältnissen. Die englischen Arbeiter haben seit langem Rechte, die sich die Arbeiter der kontinentalen Länder noch erst mit schweren Opfern erkämpfen müssen. Sie kennen keine politische Bevormundung nach deutschem Muster, keine Einwirkung ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit, keine Beschränkung des Koalitionsrechtes. Überdies ist die soziale Bourgeoisie auch lang genug, den Wünschen der Arbeiterklasse in Bezug auf gesetzgeberische Maßnahmen im Parlament zum guten Teil Rechnung zu tragen. Alles Dinge, die den Entwicklungsstand der englischen Gewerkschaften wesentlich beeinflussen haben und die uns ihre Selbsttätigkeit ganz erklärlich erscheinen lassen müssen. Daran vermögen weder fremde Wünsche noch scharfe Kritiken etwas zu ändern.

Was nun speziell die englischen Metallarbeiter anbelangt, so gab es deren im vereinigten Königreich nach der letzten Zählung von 1871000; davon waren beschäftigt in Fabriken 1276000 und

in Werkstätten 98000. Einer Gewerkschaftsorganisation gehörten laut Bericht des Arbeitsamtes im Jahre 1900 rund 338000 Metallarbeiter an, das sind etwa 25 Prozent aller im Beruf Beschäftigten. Das Verhältnis zwischen Organisierten und Unorganisierten dürfte sich bis heute kaum wesentlich verschoben haben, wenn auch die absoluten Zahlen beider wesentlich sind. Nimmt man die Zahl der in der deutschen Metallindustrie beschäftigten organisationsfähigen Arbeiter gegenwärtig auf rund 800000 an und zieht dann in Betracht, daß davon jetzt etwa 175000 organisiert sind, so erscheint der Vorsprung der englischen Metallarbeiterorganisation gegenüber der deutschen nur gering. Es ergibt sich daraus aber auch, daß die Macht der englischen Metallarbeitergewerkschaften doch nicht so groß ist, wie dies früher meistens angenommen wurde, wenn auch ihr Einfluß an sich, soweit es sich um die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Beruf handelt, von erheblicher Bedeutung ist.

In der Vorstellung der festländischen Arbeiter erscheint nun die Organisationsform der englischen Gewerkschaften als eine äußerst kompakte und einheitliche; in Wirklichkeit ist sie jedoch noch recht zersplittert. Es gab im Jahre 1898 noch 114 eingetragene und 182 uneingetragene Organisationen; das heißt 276 selbständige Gewerkschaften oder Gewerkschaften der Metallarbeiter mit zusammen 2996 Lokalsektionen. Dies ist nicht nur eine Branchen- oder Fach-zersplitterung; nein, in den einzelnen Branchen selbst gibt es noch die verschiedenartigsten Eigenorganisationen. So gab es in der Eisengießerei und im Formereibetrieb 18, im Maschinenbau 32, für Schmiede und Hammer 12, für Messing- und Kupferarbeiter 28, für Schiffs- und Kesselschmiede 25 selbständige Gewerkschaften u. s. w. Die Ursachen dieser Zersplitterung liegen teils in geschäftlichen, teils in örtlichen Besonderheiten, sowie in Unterschieden in der Politik und in Unterhaltungsweisen. Trotzdem darf die Bedeutung der Zersplitterung ebenfalls nicht überschätzt werden, denn in jeder wichtigen Berufsgruppe gibt es gewöhnlich eine größere Organisation, die mehr als doppelt, drei- oder vierfach so viel Mitglieder zählt, als alle übrigen zusammengekommen, und die dann in allen Gewerkschaftsfragen die Führung hat. So zum Beispiel umfaßt der Verband der Maschinenbauer über 90 Prozent der Berufscollegen, und der Verband der Kesselschmiede über 90 Prozent der Berufscollegen, und der Verband der Maschinenbauer hatte 1898 89564, jetzt sogar circa 95000 Mitglieder, während die übrigen Maschinenbauerorganisationen zusammen nur 20987 Mitglieder zählen, davon drei circa 16000, so daß der Rest kaum in Betracht kommt. Wenn die kleinen Organisationen nun auch meistens nur untergeordnete Unterhaltungsvereinigungen ohne nennenswerte Bedeutung darstellen, so weist England aber trotzdem eine größere Spezialisierung der Gewerkschaften auf wie Deutschland. Betrachten wir nun die Hauptorganisationen in der Metallindustrie nach den Zahlen von 1898, so erhalten wir folgendes Bild: Da gab es

- a) Güttenwerke:
 - 1. Nationaler Verband der Hochofenarbeiter . . . 6832 Mitglieder
 - 2. Verband der Eisen- und Stahlarbeiter . . . 6000 "
 - 3. Vereinigte Eisen- und Stahlarbeiter von Wales . . . 5063 "
 - 4. Britische Stahlhüttenarbeiter (Schottland) . . . 4605 "
 - 5. Eisen- und Stahlarbeiter-Verband (Schottland) . . . 4891 "
- Fünf Vereine zusammen 27391 Mitglieder
- b) Gießerei und Formerei:
 - 1. Hilfsverein der Eisengießer . . . 17295 Mitglieder
 - 2. Verband der Eisengießer u. Former (Schottland) . . . 7282 "
- Zwei Vereine zusammen 24527 Mitglieder
- c) Maschinenbau:
 - 1. Vereinigter Bund der Maschinenbauer . . . 83564 Mitglieder
 - 2. Dampfmaschinenbauerverein . . . 8118 "
 - 3. Mobilmacherverein . . . 4208 "
 - 4. Maschinenbauarbeiter . . . 3567 "
- Vier Vereine zusammen 98452 Mitglieder
- d) Schmiede:
 - 1. Vereinigte Schmiede und Schläger (England) . . . 3916 Mitglieder
 - 2. Nationalverband der Schmiede (England) . . . 1109 "
 - 3. Assoc. Verband der Schwarzeblechschmiede . . . 2964 "
- Drei Vereine zusammen 7989 Mitglieder
- e) Messing- und Kupferarbeiter:
 - 1. Nationalverband der Messingarbeiter (Südtier, Bronzeur u. c.) . . . 10256 Mitglieder
 - 2. Britischer Verband der Messingarbeiter . . . 1042 "
- Zwei Vereine zusammen 11298 Mitglieder
- f) Schiffs- und Kesselschmiede:
 - 1. Vereinigte Schiffs- und Kesselschmiede . . . 49901 Mitglieder
 - 2. Nationalverband der Drillbohrer . . . 2113 "
 - 3. Verband der Hülsenarbeiter für Eisen- und Stahlbau . . . 2669 "
- Drei Vereine zusammen 48683 Mitglieder
- g) Bauklemmer und Rohrarbeiter:
 - 1. Vereinigte Bauklemmer u. c. . . . 9957 Mitglieder

Das sind 20 Organisationen mit über 230000 Mitgliedern; somit bleiben für die anderen 256 Organisationen noch circa 100000 Mitglieder und diese verteilen sich auf folgende Berufe: Messerschmiede, Schleifer, Feilenhauer, Zinn- und Zinkwarenarbeiter, Schlosserei- und Kleingerätearbeiter, Drahtzieher, Ketten- und Nagelschmiede und andere Spezialitäten sowie Sonderorganisationen der vorbenannten Branchen. — Erstmalig wurde nun die Zersplitterung, wenn auch langsam, so doch stetig ab; die kleinen Unterhaltungsvereine, an denen oftmals nur der Name einen gewerkschaftlichen Charakter trägt, gehen immer mehr in den großen Organisationen auf, und damit wächst nicht nur die Mitgliederzahl der letzteren, sondern auch deren Bedeutung. Außerdem zeigt sich in der englischen Gewerkschaftsbewegung neben der zunehmenden Zentralisation auch die Tendenz zur Bildung von Föderationen oder Kartellverbänden über ganze Gewerkschaftsgruppen. So zählte die Nord-englische Schiffsbauorganisation im Jahre 1900 bereits circa 228000 Mitglieder, darunter allerdings auch viele Nichtmetallarbeiter wie Zimmerleute, Tischler, Kupferhauer u. s. w. Besonders erwähnenswert ist hier aber der 1898 gegründete Allgemeine Gewerkschaftsbund, die vielgenannte Federation of Trade Unions. Diesem Bunde gehörten anfangs 40 Organisationen mit 350000 Mitgliedern an, wuchs dann bis zum Juni 1902 auf 77 Organisationen mit 420000 Mitgliedern und umfaßt jetzt schon 90 Organisationen mit weit über eine halbe Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Aufgabe des Bundes ist die Vermittlung bei Konflikten mit Unternehmern und Sammlung von Geldmitteln, die später als Streikzuschuß Verwendung finden u. c. Die innere Verwaltung der zentralisierten Verbände ließ bis vor kurzem ebenfalls noch sehr vieles zu wünschen übrig. Infolge der losen Zentralisation mangelte es früher an einer einheitlichen Regelung der Verwaltungsangelegenheiten. Die einzelnen Lokalorganisationen waren fast ganz unabhängig und den Zentralleitungen fehlte es an Befugnissen. Der ganze Verwaltungsapparat beruhte an einem übertriebenen, formalen Demokratismus. Die Verwaltung war daher äußerst schwerfällig; sie zögerte denn auch eine schlechte Strategie bei Lokaltämpfen und einen auffallenden Mangel an Initiative; die Organisationen wuchsen sich zu reinen Hilfsklassen aus und die gewerkschaftlichen Aktionen waren meistens von blinden Instillen abhängig. Heute dagegen sind die Zentralleitungen formell wie materiell wesentlich gestärkt, wodurch auch ihr Verantwortungs-

gefühl erheblich geschärft worden ist. Die ganze Beamtenschaft arbeitet jetzt nach wesentlich vereinfachten einheitlichen Verwaltungsgrundsätzen.

Im Finanzwesen gewährt das englische Gesetz den Gewerkschaften weitreichende Freiheit und Sicherheit; selbst der Lauffähigkeits-Prozess ändert hieran nichts. Die Gewerkschafts- und Hilfsklassen-fonds bilden meistens eine Einheit, und diese Einheit hat sich im großen ganzen bewährt. Von den nicht seltenen Bankrottprophesierungen an streikende Organisationen ist bisher noch keine eingetroffen. Die Gewerkschaften verfügen über eine große Elastizität und Erholungskraft hinsichtlich ihrer Kassen. Typisch hierfür ist der große Verband der Maschinenbauer. Nach dem verlorenen Streik von 1897/98 war dessen Kassenbestand auf 2700000 Mt. zusammengeschnitten, welche Summe zu Unterhaltungszwecken notwendig im Fonds bleiben mußte. Drei Jahre später verfügte nun der Verband schon wieder über 10 Millionen Markt, und heute ist sein Kassenbestand bereits auf 14 Millionen Markt angewachsen. Diese staunenswerte Erholungskraft ist eben nur möglich, weil die englischen Arbeiter eine große Opferwilligkeit an den Tag legen, dann, weil sie hohe Beiträge für die Organisation zahlen und endlich, weil sie gewisse Ruhepausen in den gewerkschaftlichen Kämpfen eintreten lassen, um ihre Kassen wieder entsprechend zu stärken. An regelmäßigen Beiträgen entrichten die Metallarbeiter 1,60 Mt. pro Woche oder 78 Mt. im Jahre.

Hieraus ergibt sich, welchen Wert die englischen Arbeiter auf hohe Beiträge legen; eine Eigenart, die früher auf dem Kontinent und besonders in Deutschland immer verschmupfte, bis auch hier jetzt ein Wandel der Meinung in dieser Hinsicht Platz gegriffen hat. Die englischen Gewerkschaften haben längst erkannt, daß nur durch möglichst hohe Beiträge eine Organisation leistungsfähig zu erhalten ist, daher haben sie auch die ganze kontinentale Gewerkschaftsbewegung mit ihren verhältnismäßig niedrigen Beiträgen früher nur als eine Art Gewerkschaftsspielerei angesehen.

Außerdem erheben die Gewerkschaften in Zeiten guter Geschäftskonjunktur noch Extrabeiträge zur Verwendung für spätere Zwecke. Die Unternehmer wissen diese Opferwilligkeit der Arbeiter auch sehr wohl zu würdigen, denn sie hüten sich für gewöhnlich doch sehr, die Arbeiter zu Streiks geradenwegs zu provozieren. Selbst verloren gegangene Streiks üben ihre heilsame Wirkung auf die Unternehmer aus, denn letztere haben doch meistens einen so enormen Schaden von der Arbeitsstillstellung, daß sie eine solche — ganz gleich wie der Ausgang war — nicht gerne wieder erleben. Nicht selten bequemen sie sich nach einem verlorenen Streik noch zu Zugeständnissen, weil sie über kurz oder lang neue Arbeitsunterlegungen von den frisch gestärkten Gewerkschaften befürchten müssen. So zum Beispiel haben die Unternehmer den Maschinenbauern nach dem großen verlorenen Streik von 1898 noch 2 Mt. Lohnerhöhung pro Mann und Woche zugewilligt. Ein besonderes Augenmerk haben die Gewerkschaften auch auf die Errichtung von Schlichtungskommissionen gelegt, und diese bestehen — aus Arbeiter- und Unternehmervertretern zusammengesetzt — sowohl für die einzelnen Lokalorganisationen wie für die Zentralen derselben. Ihr Einfluß steigt von Jahr zu Jahr; sie greifen regelnd in alle Arbeitsangelegenheiten ein und schließen übrigens die volle Anerkennung der Organisation in sich. — Außerdem bestehen für die Metallindustrie noch 23 ständige Einigungsämter, 7 für die Hufeisen- und Stahlfabrikation, 9 für den Schiff- und Maschinenbau und 7 für die übrigen Metallbranchen.

Die Löhne der englischen Metallarbeiter sind allgemein höher wie die ihrer deutschen Berufscollegen. Auf 44 Orten entfiel ein Durchschnittslohn von 35 Mt. Je nach den Orten schwankte der Normallohn zwischen 28 und 41 Mt. Für Überzeitarbeit wird allgemein ein Aufschlag von 25 bis 50 Prozent bezahlt. Die Arbeitszeit ist in allen Orten ziemlich gleichartig; sie beträgt 53 bis höchstens 54 Stunden pro Woche. Obwohl die englischen Löhne erheblich höher sind wie die deutschen, so stellt sich die Lebenshaltung der englischen Arbeiter dennoch bedeutend billiger wie bei der deutschen Arbeiter. Dies hat seine Ursache teils in dem Freihandel Englands, für den besonders die Metallarbeiter energisch eintreten, teils in den starken Konsumvereinen, denen die Arbeiter dort sehr zahlreich angehören. Referent ging kurz auf den Nutzen der Konsumvereine ein und besprach dann das Verhältnis zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern in England. Es sei den englischen Gewerkschaften häufig ein großer Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie Vorbeugungsmaßnahmen gegen das schrankenlose Hineinströmen ungelerner Arbeiter in die Einzelberufe ergreifen. Man hat sie deshalb mit dem Schlagwort „Arbeiter-Aristokratie“ belegt. Wenn jene Maßregel nun auch gewisse Härten mit sich bringen, so glauben die Gewerkschaften, den ungelerten Arbeitern doch besser zu dienen, indem sie ihnen den Eintritt in ein Gewerbe beschränken, als daß sie dieses von Arbeitskräften überfluten lassen, denn bekanntlich führt ein starker Zustrom von ungelerten Arbeitern meistens auch ein Sinken der Löhne herbei. Die organisierten gelernten Arbeiter mehren sich also nur gegen eine Gleichmacherei nach unten. Abgesehen haben die Organisationen auch selber ständig einen gewissen Prozentsatz Arbeitsloser zu unterfassen.

Schließlich erwähnte Referent noch das unlängst eingeführte Prämien-system, das dazu dienen soll, die Intensivität der Arbeitsleistung in Unternehmerinteresse zu fördern. Zwar geben sich die englischen Gewerkschaften Mühe, den Schäden dieses Systems entgegenzuwirken; ob es ihnen jedoch gelingen wird, das Prämien-system gänzlich zu beseitigen, sei noch sehr fraglich. Abhilfe oder Willehrung in dieser Hinsicht bringe vorläufig nur die Festsetzung eines Mindestlohnes sowie entschiedene Abwehr gegen jede Herabdrückung der Mindestlohnrate. Und in dieser Beziehung die englischen Metallarbeiter ihr Möglichstes. Sie haben erkannt, daß zur Erhaltung einer halbwegs menschenwürdigen Arbeiterexistenz ein nationales Lohnminimum erforderlich ist; und um sich dieses zu sichern, legen sie anerkanntermaßen den größten Wert auf die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaftsorganisationen. — Wenn nun auch die englischen Arbeiter nicht alle Erwartungen erfüllen haben, die bezüglich der Abschaffung der Klassenherrschaft überhaupt in sie gesetzt wurden, so haben sie doch gezeigt, was möglich ist, um die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse erheblich zu verbessern. In diesem Punkte sind sie vorbildlich für die kontinentale Arbeiter-schaft geworden. Für die deutschen Arbeiter gilt es nun, ihren englischen Klassengenossen nachzueifern und diese noch zu überflügeln. (Beifall)

Noch einiges zu dem Kapitel Akkordarbeit.

Wohl mancher Kollege wird mit mir beim Lesen der trefflichen Ausführungen des Kollegen G. S. in Nr. 8 unseres Verbandsorgans im Stillen gebacht haben: Ganz wie auf unsere Stufe passen! Angeregt von den durchschlagenden Gründen, die der Verfasser zur Kennzeichnung dieses von scham berechnenden Unternehmern zur Anwendung gebrachten Systems, das uns fast täglich so sehr schädigt, ansetzt, erlaube ich mir noch einige das traurige Kapitel ergänzende Ausführungen zu machen.

Zunächst steht die Thatsache fest, daß der Fabrikant durch das Akkordsystem an Werkzeugen und Materialien aller Art zu sparen sucht. Ich erinnere mich, daß uns in einem gewissen Betrieb die Anschaffung von kleinen Spiralschneidern angetan wurde; geliefert

wurden sie nicht, haben mußte man sie. Die Akkordpreise sind gewöhnlich — ob mit oder ohne Verschulden der dort Beschäftigten, sei dahingestellt — in vielen Fällen so miserabel, daß es der Anspannung aller Kräfte und Ausnutzung jeglichen kleinen Vorteils bedarf, um manchmal nur auf den Lohn zu kommen. Was blieb da schließlich übrig? Oft wird auch gemurrt und geschuftet, um dann stundenlang warten zu müssen, bis es einem Werkführer genehm ist, die fertige Arbeit Revue passieren zu lassen. Ist dies geschehen, dann fehlt es bei der nächsten Übernahme eines Artikels wieder an Materialien u. s. w.

So ist der Akkordarbeiter in jedem Falle der Geschädigte. Auch kann man die Beobachtung machen, daß eine im Lohn hergestellte einmal weniger gut ausgefallene Arbeit ohne viel Federlesens angenommen wird, während es bei dem gleichen Stück, in Akkord verfertigt, Beanstandungen gibt. Sehr oft werden dem Akkordarbeiter, der mit einer Arbeit „einbricht“, bei der nächsten jedoch wieder ein paar Mark verdient, beide zusammen als eine Arbeit verrechnet. Alles Strauben hilft nichts dagegen. „Sehen Sie sich doch einmal den Maier an, der verdient hierbei immer seine 66 Pf. pro Stunde!“ wird vielleicht der Herr Werkführer sagen. Ganz ungeachtet der Tatsache, daß sich dieser Maier auch noch, während er im Lohn steht, unter den Augen des Werkführers, der das jedoch nicht sieht, etwas „Vorrat“ von Akkordarbeit zurechtzuschustert, um dann später wieder als Mustereemplar gepriesen werden zu können.

Vor Ansehen neuer Akkordpreise kann man oft beobachten, wie besonders „pflichttreue“ Werkführer oder Ingenieure bei einer Maschine Aufstellung nehmen und unter steter Beobachtung des Chronometers ein bestimmtes Quantum hinwursteln lassen oder dies gar selbst tun. Hierbei wird natürlich nicht in Berechnung gezogen, daß beim Bearbeiten von so und so viel hundert Gegenständen die Präzision, Drehfähigkeit oder Stempel unbrauchbar werden, die Maschine in Ordnung gebracht oder ein Riemen gestickt werden muß und anderes mehr. Das zieht man alles nicht in Betracht. In zehn Minuten lassen sich zwei Stücke fertigstellen, folglich in der Stunde 12, macht pro Tag, diesen zu 10 Arbeitsstunden angenommen, 120 Stücke! Hiernach setzt man nun die Preise fest. Sehe du Arbeiter nun zu, wie du dich mit den Tatsachen abfindest. Bei diesem System ist der Arbeiter nicht nur ein Teil der Maschine, er ist selbst Maschine.

Leider gibt es auch in der Arbeiterklasse immer noch einzelne Elemente, die durch ihr Gebahren ihre Mitmenschen aufs schwerste schädigen. Ich habe hauptsächlich die im Auge, die in vier Tagen so viel zusammenwürgen wie andere in sechs. Gewöhnlich machen diese das: in der Woche zwei Tage „blau“, um nicht „drüberzuhauen“. Bedenken denn diese Leute — sie Kollegen zu nennen, hieße alle Verbandskollegen beleidigen — gar nicht, wie gering sie ihre Knochen einschätzen und daß gerade sie es sind, auf deren Konto die Abzüge größtenteils zu setzen sind?

Nun komme ich zu dem „genial“ erbachten Kolonnensystem. Bei diesem wissen die Helfer oft nicht, für welchen Preis sie überhaupt arbeiten. In manchen Betrieben ist es Usus, dem Vorarbeiter ein Stigma vom Akkordüberchuß zu reservieren, in den Rest können sich dann die Helfer teilen. Ist dieser Rest recht unbedeutend, dann müssen sich letztere mit dem „erhabenen“ Bewußtsein trösten, wenigstens dem Vorarbeiter sein Schäschen ins Trockene gebracht zu haben.

Hat man nicht auch schon Fälle gehabt, daß Kollegen wochenlang in Akkord arbeiteten und, ohne ihn vollenden zu helfen, in den „Königsrock“ gesteckt wurden, auf welche „bequeme“ Art sie ihres Akkordanteils verlustig gingen?

So sehen die Segnungen des Akkordsystems aus. Die Beispiele ließen sich leicht vervielfältigen. Wie lange soll dieses aller Gerechtigkeit Hohn sprechende Entlohnungssystem eigentlich noch bestehen? Suchen wir den letzten Kollegen unserer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, zuzuführen, um gemeinsam vorzugehen zu können. Verschließen wir uns nicht der Erkenntnis, daß die Mißstände da am kräftigsten sind, wo unser Verband nur wenig Wurzel gefaßt hat. Lasse sich aber auch keiner unserer Kollegen durch ein paar Pfennige Mehrverdienst verblenden, dieses System zu verteidigen. Der Schein trägt! In späteren Jahren würden sie sonst die „Segnungen“ am eigenen Körper spüren, denn: Akkordarbeit ist Mordarbeit!

folgende Bestimmungen aufgenommen: Die Arbeiter erhalten eine wöchentlich zahlbare Unterstützung und zwar nach § 16:

1. männliche Arbeiter 2,50 Mk. pro Werktag;
2. weibliche Arbeiter 1,50 Mk. pro Werktag;
3. männliche Arbeiter unter 18 Jahren 1,25 Mk. pro Werktag;
4. weibliche Arbeiter unter 17 Jahren 1 Mk. pro Werktag;
5. Wäter oder Mütter außerdem für jedes von ihnen zu unterhaltende Kind unter 14 Jahren 20 Pf. pro Werktag.

Gleichzeitig übernimmt die Vereinigung außerdem die Zahlung der während dieser Zeit fällig werdenden Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung. Nichtorganisierte Arbeiter sind nach Möglichkeit nicht zu entlassen und bei Einstellung zuerst zu berücksichtigen. Ist unter den Streikenden eine im Verhältnis zur Gesamtzahl erhebliche Anzahl nichtorganisierter Arbeiter, so kann die Vertrauenskommission bestimmen, daß sämtliche nichtorganisierten Arbeiter der vorstehenden Vergünstigungen verlustig gehen.

Dieselben Maßnahmen kann die Vertrauenskommission ergreifen, falls ersichtliche Mißbräuche bei den Eintragungen (§ 17) stattfinden. § 17. Die in § 16 angeführten Unterstützungen erhalten nichtorganisierte Arbeitnehmer nur, wenn sie sich als solche bei der Einstellung in einen Betrieb der Vereinigung einschreiben lassen. Als nichtorganisiert gilt, wer keiner Arbeitnehmervereinigung angehört, die bei Streiks, Aussperrung und dergleichen ihren Mitgliedsbeitrag zahlt, und wer bis zum Eintritt der jeweiligen Unterstützung keiner derartigen Vereinigung beigetreten ist.

Die Einschreibung erfolgt innerhalb 14 Tagen nach Veröffentlichung der § 16 und 17 dieser Bestimmungen, die in allen Fabriken und in der Arbeitsnachweisstelle der Vereinigung durch Aushang bekannt zu machen sind, für später eintretende Arbeiter innerhalb 14 Tagen nach dem Eintritt in einen Vereinigungsbetrieb. Für die letzten tritt die Unterstützung erst nach einer Karenzzeit von sechs Monaten ein.

Ein klagbarer Anspruch auf die Unterstützung besteht nicht.

Streikende Arbeiter erhalten in keinem Falle Unterstützung.

Die nötigen Fonds sind gesichert, die Arbeitnehmer haben dazu keinerlei Beitrag zu zahlen.

Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten.

Eingetragener Verein.

Die Pläne der Scharfmacher liegen nun klar vor aller Augen. Das schädige Mittel, die indifferenten Arbeiter durch Gewährung eines Judaslohns als Sturmkolonne gegen ihre organisierten Arbeitsbrüder zu benutzen, ist ihnen gerade gut genug. Charakteristisch ist die Motivierung, die die tugendhafte Arbeitgeberzeitung den Maßregeln widmet. Darnach habe sich die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten nur unter dem Gesichtspunkt: „Wer den Frieden will, muß sich zum Kriege rüsten!“ veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Zukunft vor Streiks möglichst schützen sollen. Und unter frommem Augenaufschlag stellt sie sich verwundert darüber, daß man die Maßnahmen „falsch beurteile“. Man verlange ja gar nicht den Austritt aus einer Organisation, sondern lediglich die Einzeichnung solcher Arbeiter, die keiner Organisation angehören. Darnach wäre also die Sache ganz unverständlich. Wörtlich schreibt sie:

„Allerdings fühlen sich außer sozialdemokratischen Parteigängern, von denen man gewohnt ist, daß sie alles in den Schmutz ziehen, was die Unternehmer beginnen, bürgerliche Männer veranlaßt, die Maßnahmen der Vereinigung in der Presse so darzustellen, als ob sie einen Angriff der Unternehmer auf die Arbeiter darstellten. Diesen Männern möchten wir anheimgeben, die Verhältnisse besser zu prüfen, ehe sie derartige Ungerechtigkeiten verbreiten. Wir glauben bestimmt, daß diese Männer, wenn sie die Tendenzen und Bestrebungen des Metallarbeiter-Verbandes genau kennen würden, ihre Meinung zugunsten der Arbeitgeber ändern, was bei manchen von ihnen auch nicht schwer fallen kann, da sie gewohnt sind, ihre Meinung wie ihren Rock zu ändern. Jedenfalls wird die Vereinigung sich durch die Äußerungen dieser Männer nicht beeinflussen lassen, und in wohlwollendster Weise gegen ihre Arbeiter, die durch das Vorgehen des Metallarbeiter-Verbandes mißbilligen, auf Mittel und Wege sinnen, die es ermöglichen, die Ruhe und den Frieden zu sichern, die aber auch den Fabrikanten die Gewähr bieten, ihre Rechte zu wahren und zu sichern.“

So viel Worte um einen „Gierstuchen“! Aber: „Spiegelberg, ich kenne dich!“ Der Metallarbeiter-Verband wird, ganz der „friedlichen Stimmung“ der Unternehmer Rechnung tragend, seine Taktik darauf einrichten; er wird allerorts die „friedlichen Maßnahmen“ zum Gegenstand der Besprechung machen und den Metallarbeitern die Absichten der Scharfmacher zeigen. Das Resultat wird darin bestehen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in kurzer Zeit viele Tausende neuer Mitglieder gewinnt. Die Scharfmacher werden sich also erweisen als

Ein Teil von jener Kraft,

Die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Ein angehender Stumm.

Eigentlich ist für solche Räuze wie die Herren Voss von Sarstedt, mit denen wir uns schon eine ganze Zeit herum zu balgen haben, der Name „Stumm“ etwas zu viel, es wäre höchstens die Bezeichnung „Stümmlinge“ am Platze. Denn Stumm hatte bei aller Gewaltpolitik, die er gegen seine Arbeiter ausübte, und bei aller Beschneidung der politischen und gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit seiner Lohnsklaven doch das eine nicht vergessen, daß die, die sich klassisch seinen Anordnungen fügten, doch auch Menschen sind und als solche, wenn sie nicht verhungern sollen, Löhne verdienen müssen, bei denen sie sich wenigstens satt essen können. So denken nun unsere Gebrüder Voss, alias Stumm, nicht. Diese beiden „Eisenindustriellen“ von Sarstedt bei Hannover, von denen der eine, der größte Scharfmacher, ein durchgefahreter cand. theologiae ist, verweigern nicht nur die Aufbesserung der so erbärmlichen Löhne, sondern sie sind seit länger als einem Jahre bestrebt, ihre Arbeiter auch noch mit aller Gewalt gewerkschaftlich zu unterdrücken. Es würde zu weit führen, die ganzen Blatteleien, die wir mit den Herren hatten, detailliert zu schildern, es sei nur das Hauptgeschäftliche und die letzten schneidigen Coups der beiden Fabrikanten und Viehhändler oder Landwirte niedriger gehängt. Im letzten Frühjahr sängen die Herren an, Abzüge zu machen. Voss jun., der bereits Pastor geworden und, nach seiner eigenen Aussage, gewesene Schriftführer eines amerikanischen Formvereins, hatte ein neues Formverfahren entdeckt, wonach nicht mehr „gestampft“ zu werden brauchte. Darauf wurde sofort ganz bedeutend an den Preisen abgezogen. Die Arbeiter, die damals in kaum nennenswerter Zahl organisiert waren, warfen nun im ersten Sturm der Entrüstung die Arbeit ziel- und planlos hin, selbstverständlich ohne Erfolg. Nach einigen Tagen nahmen sie die Arbeit wieder auf und schlossen sich — zum größten Teile wegen der „billigen Beiträge“ — dem Fabrikarbeiter-Verband an, während unsere Organisation sich höchstens von 50 auf 70 Mann hob. Wenn

* „Wer bei dem Antrag auf Einschreibung in die Liste der nichtorganisierten Arbeiter oder beim Empfang einer Unterstützung nach § 16 versucht, daß er einer Organisation angehört, macht sich des versuchten, beziehungsweise vollendeten Betrugs schuldig.“

wir nun auch die numerisch Schwächeren waren — der Fabrikarbeiter-Verband hat von den circa 500 dort beschäftigten Arbeitern nach Angabe seiner dortigen Vertrauensleute circa 250 Mitglieder —, so verlor er sich doch am Ende, daß wir schon im Interesse unserer Mitglieder zu den Abgängen Stellung nehmen mußten und in Versammlungen dagegen protestierten.

Damit begann nun auch nach seiner eigenen Aussage Herr Voss' böse Zeit, „er hatte keine Ruhe mehr“, der Metallarbeiter-Verband und sein Herr Vorhölzer standen ihm im Wege, sie schreckten ihn wohl gar auch aus süßen Träumen empor. Er fing nun an, mit Repressalien zu drohen, und zwar wollte er seine Arbeiter „zufrieden“ (1) machen und dann — den Metallarbeiter-Verband nach berühmten Mustern vernichten. Es ist nämlich eigentümlich, daß Herr Voss, trotzdem wir nur an circa 60 Mitglieder bei ihm haben, der Fabrikarbeiter-Verband aber circa viermal soviel — er doch nur uns fürchtet. Er hob nun, um das „ewige Geheh“ los zu sein, den Abzug wieder auf, und da die „theologische Formmethode“ nichts taugte, ließ er auch wieder „Hampfen“. Als jedoch die Arbeiter immer noch nicht zufrieden waren, sondern auch noch die zehn Prozent haben wollten, die ihnen bei jeder Lohnperiode abgezogen werden und die als „Prämie“ an „brave“ Arbeiter zu Weihnachten ausbezahlt wird (wer nicht brav ist, wird zuvor hinausgeschmissen, und wer selbst aufhört, kriegt erst recht nichts), da kam er selbst in die Versammlungen, um die Geher und den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu „vernichten“. Er riet uns, von „unseren Millionen“ hunderttausend Mark zu nehmen und eine in der Nähe Hannovers liegende verfallene Ofenfabrik zu kaufen, dann würde das „dumme Geschwätz“ von den unberechtigten Abzügen und den niedrigen Löhnen und dem hohen Profit schnell zu Ende sein. Er würde mit dem Verband fertig, koste es, was es wolle; er dulde ihn einfach nicht. Seine Arbeiter sollen zufrieden sein und vernünftig und ihre Groschen nicht den hergelassenen Geher, die sich von Arbeitergroßmännern mästen, in die Tasche werfen, daß die (die Geher) ein schönes Leben führen könnten. Es wurde ihm darauf gesagt, daß es zwar nicht unser Zweck sei, die Leute zu verhegen, sondern unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse und gegenseitigen Zusammenwirken eine möglichst günstige Position auch für die Arbeiter zu schaffen. Wenn uns aber so offen der Krieg angelündigt würde und wir „vernichtet“ werden sollen, dann wäre es doch klüger, statt hunderttausend Mark für eine verfallene Ofenfabrik hinauszuhäufeln, 50.000 Mk. zu nehmen und damit die Firma Voss an die Wand zu drücken, daß sie „quittsch“! Da ging's ihm nun wie dem Gretchen im Faust; er stöhnte gottserbärmlich: „Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer“ — und die Haut, die früher so prall an dem wohlgestalteten Corpus saß, sie bekam Falten und Runzeln, und das Gesicht, das früher so frisch und glänzend in die Welt sah, es verlor die Rundheit, und Gram und Sorge prägten Runen in das ehrwürdige Antlitz. Und an alledem war nur dieser „verdammte hannoversche Geher“ schuld.

Doch fürchterliche Mache sollte werden. Er wolle seinen Arbeitern schon zeigen, wo der Weg hinführe, wenn sie den Lockungen eines so hergelassenen Geher, der „in Sarstedt überhaupt nichts zu suchen habe“, folgen. Natürlich, gleich ging's nicht. Während der Hochsaison mußte man noch den Gleichgültigen spielen, aber die Saison ging zu Ende, der Winter kam. Und nun holte Herr Voss aus zum „vernichtenden Schlag“. Er ließ proklamieren: „Wer im Deutschen Metallarbeiter-Verband ist, wird entlassen“, und zur Bekräftigung seiner Proklamation warf er circa 25 teils bei uns, teils im Fabrikarbeiter-Verband organisierte Kollegen aufs Sacksteber Pflaster. Eine Versammlung vom Fabrikarbeiter-Verband, die zu dieser Sache Stellung nahm, war sehr schlecht besucht, und konnte deshalb auch keine entscheidende Stellung nehmen. Der „Friede“ war also da, man konnte wieder ruhig schlafen und die Ähngung in gehobener Ruhe verbauen. Auf einmal aber war es wieder der „verdammte Metallarbeiter-Verband“, der vor den Toren der Fabrik Laufzettel verteilen ließ und die Vossischen Arbeiter zum Protest aufrief. Nun, diesmal würden diese Geher finden, daß ihre Rechnung nicht stimmte, denn umsonst hat „Er“ doch seine Spitzel mit 5 Mk. Tagelohn nicht angestellt, die ihm jeden verraten müßten, der im Metallarbeiter-Verband ist, umsonst hat „Er“ doch nicht 25 Mann aufs Pflaster geworfen. Das hatte man ja bei der Fabrikarbeiter-Versammlung gesehen und auch hier würde es den Geheren ebenso gehen — die Arbeiter sind „furiert“.

Als dann am Tage, wo die Versammlung stattfand, abends halb 8 Uhr noch keine 20 Personen im Saale waren, da glänzten die Gestirke der Wächspanner und Buchhalter, die Zeugen sein wollten oder mußten vom — „Erfolg“ ihres Herrn. Doch plötzlich — da strömte's herein in schwarzen Massen, ununterbrochen und nach kaum zehn Minuten ist der Saal gefüllt und Hunderte stehen in „drangvoll fürchterlicher Euge“. Und auch Herr Voss kam — allein —, sein Bruder hatte „der Tapferkeit besseren Teil erwählt“, der blieb zu Hause. Kollege Vorhölzer rekapitulierte nun die ganzen Vorgänge der letzten Zeit, kritisierte scharf das Ablehnen auch der bescheidensten Forderungen der Arbeiter und kam dann auf die in letzter Zeit erfolgten Entlassungen zu sprechen und auf die Sperrung der Entlassenen seitens des Industriellenverbandes. Er kritisierte und verurteilte das Vorgehen auf das schärfste und verlangte von dem anwesenden Chef der Fabrik Aufklärung oder Rechtfertigung einer solchen durch nichts zu beschönigenden Handlungsweise. Er verwies den Fabrikanten darauf, daß ihm die heutige Versammlung schon ein Beweis sein dürfte, daß die Abschreckungstheorie, die er liebte, das Gegenteil zeitigte, und machte die Arbeiter darauf aufmerksam, daß die Firma wohl noch Hintergedanken habe, die sie jedoch wohl erst dann werde zu verwirklichen gedenken, wenn es ihr gelungen wäre, die Organisation der Arbeiter aus der Fabrik hinaus zu bringen, und daß die Arbeiter nun erst recht fest und treu zur Organisation halten und für die Ausbreitung derselben sorgen müßten. Die Ausführungen des Referenten, die lebhaftesten Beifall hervorriefen, veranlaßten nun Herrn Voss sen., in der Diskussion das Wort zu ergreifen, doch mochte wohl die imponierende Versammlung wesentlich dazu beigetragen haben, daß seine Ausführungen im Gegensatz zu denen in früheren Versammlungen sehr zahm und unsicher waren. Herr Voss gebardete sich als der arme, verzweifelte, in Notwehr handelnde Unternehmer, der vor lauter Angst, um nicht beim „An-die-Wand-brücken“ quieschen zu müssen, zu diesem Vorgehen veranlaßt worden sei; gemäßregelt habe er überhaupt niemand, und daß die Leute gesperrt seien, wußte er nicht; sollte es der Fall sein, so wolle er es revidieren. Doch sei es ja nicht schlimm, auch bei ihm hörten Leute im Sommer auf, und die Welt ist ja groß, es gibt noch viele Orte, wo die Leute Arbeit erhalten (!). Herr Voss fand in dieser Versammlung es sehr vernünftig, daß der Referent darauf hinwies, daß die Fabrikanten die gegenwertige Schmutzkonzurrenz beseitigen sollen und daß wir dies mit unterstützen. Auch erklärte er unter anderem, daß er an den Überstunden nicht mehr profitiert und sie nicht mehr will, ebenso will er auch keine Abzüge mehr machen. Ferner verwahrte er sich nochmals dagegen, irgend welche „Hintergedanken“ zu haben; er habe wohl welche, aber die gingen nicht darauf hinaus, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, sondern durch Gründung einer Pensionskasse sie noch zu verbessern. Jedoch gab er noch den Arbeitern den Rat, nicht in den Metallarbeiter-Verband zu gehen, das wäre für ihn besser, denn er habe keine Ruhe mehr, immer müsse man in Sorge sein und die schönsten Aufträge weggehen lassen, da man sie ja nicht annehmen könne.

Doch weder für seine Entschuldigungen, noch für seine Witten, nicht in den Metallarbeiter-Verband zu gehen, hatten „seine“ Arbeiter Verständnis. Sie stimmten viel lieber den Ausführungen des Referenten zu, als er dem Herrn Voss sagte, er solle seine Pensionskasse lieber nicht ins Leben rufen, denn dafür wußte ihm niemand Dank, er solle lieber einen anständigen Lohn bezahlen, statt 25, 26 und 30 Pf., das wäre den Arbeitern viel lieber. Und einstimmig wurde eine scharfe Resolution angenommen, die das Vorgehen der Firma aufs schärfste verurteilte und die noch nicht organisierten Kollegen aufforderte, in die Organisation einzutreten. Verhört über soviel Unbunt, verließ Herr Voss die Versammlung. Doch sein zuger Geist ruhte nicht, er suchte und er fand das Mittel, das ihm Ruhe bringen soll — Spartassenbuch heißt es. Ein solches legt

Die Scharfmacher am Schleifstein.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes veröffentlichte am 1. März im „Vorwärts“ folgendes: „Achtung Metallarbeiter! Am Sonnabend ist in den Betrieben, die zur Vereinigung der Metallwarenfabrikanten gehören, ein Auszug aus den Sonderbestimmungen für den Fall eines Streiks ausgehängt worden. Die Kollegen sind von den Fabrikanten aufgefordert worden, sich in die Listen einzuschreiben zu lassen, um so zu erkennen zu geben, daß sie nicht organisiert sind. Die so zusammengefundnen Metallarbeiter sollen gegebenenfalls als Sturmkolonne gegen unsere Organisation benutzt werden und dafür dann einen Judaslohn von 2,50 Mk. pro Tag Entschädigung erhalten. Darnach steht also fest: Wer sich in die Listen eintragen läßt, erklärt damit, daß er gewillt ist, falls die Kühnemänner das verlangen, Verrat an seinen Kollegen zu üben.“

Die Kühnemänner glauben, für 2,50 Mk. sind die Berliner Metallarbeiter zu kaufen.

Kollegen! Gebt den „Herren“ die einzig richtige Antwort:

Niemand darf unterschreiben!

Nähere Anweisung über unser Verhalten werden die Kollegen in den nächsten Tagen erhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Der ausgehängte Ulaß der Vereinigung der Metallwarenfabrikanten hat folgenden Wortlaut:

„Bekanntmachung.“

In der Generalversammlung der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten vom 23. Januar 1904 sind nachfolgende Bestimmungen für den Streikfall beschlossen worden:

Sobald ein Streik auszubrechen droht oder ausgebrochen ist, muß der Vertrauenskommission der Vereinigung sofort von dem betroffenen Arbeitgeber Mitteilung gemacht werden. Die Vertrauenskommission hat durch Anhörung beider Teile, das heißt des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer, die Ursache des Streiks zu untersuchen und hat die Verpflichtung, den Streik nach Möglichkeit beizulegen. Werden die Forderungen der Arbeitnehmer als begründet anerkannt, so muß sich der Arbeitgeber dem Spruch der Vertrauenskommission fügen. Können jedoch die Forderungen der Arbeitnehmer als berechtigt nicht anerkannt werden, und es kommt infolgedessen zum Streik, so werden die kleinen Betriebe durch Barzahlung von der Vereinigung entschädigt.

Um den Streik bei Betrieben, die keine Entschädigung erhalten, möglichst schnell zu beenden, hat die Vertrauenskommission das Recht, die Entlassung bis zu 70 Prozent der Arbeiter in allen Betrieben der Vereinigung zu verfügen. Auf Beschluß der Generalversammlung können jedoch noch hierüber hinausgehende Maßnahmen stattfinden.

Um die nichtorganisierten Arbeiter im Falle der im vorstehenden erwähnten eventuell nötigen Entlassungen zu schützen, sind

er jetzt seinen Arbeitern an, vorausgesetzt, daß sie „folgsam“ und „hübsch artig“ sind. Da trotz der schlechten Zeiten Geld da ist, so zahlt „Er“ die ganzen Beträge, das heißt jede Woche fünf Prozent von Lohne, zugleich aber mit diesem Mittel geht ein Aufruf an seine Arbeiter, um es ihnen kund und zu wissen zu tun, warum er seinen „väterlichen“ Selbstheute öffnet. Er will wieder einmal die Organisation „vernichten“. Am 27. Februar erhielten seine Arbeiter folgendes gedruckte Zirkular:

„An unsere Mitarbeiter!

Seit einiger Zeit wird durch Agitatoren, welche es sich scheinbar zur Lebensaufgabe gemacht haben, Unfrieden zu säen, versucht, den tüchtigen Fortgang unserer Fabrik zu fördern dadurch, daß sie den Arbeitern höhere Lohnverhältnisse, kürzere Arbeitszeit und dergleichen mehr versprechen, wenn sämtliche Arbeiter den Verbänden beitreten. Wir sollen dann nach den dort gefallenen Äußerungen gezwungen werden, uns den Wünschen der Verbände in jeder Hinsicht zu fügen. Was die Lohnaufbesserungen anbetrifft, so sind solche bei der heutigen wirtschaftlichen Lage, speziell in unseren Erzeugnissen, infolge einer überaus großen Konkurrenz und den damit verbundenen billigen Preisangeboten rein unmöglich, und werden solche Verbesserungen auch durch einen Streik nicht erreicht, wie er gewissermaßen schon angedroht worden ist.

Was mit Streiks erreicht werden kann, seitdem sich auch die Arbeitgeber zur Abwehr unerfüllbarer Forderungen der Arbeiterschaft verbunden haben, zeigen die letzten Streiks; Millionen sind auf beiden Seiten verloren, und erreicht ist nichts, als daß viele Arbeiter ihre Beschäftigung verloren haben, weil ganz naturgemäß nach einem Streik in den betreffenden Werken nicht für alle Arbeiter so schnell wieder Arbeit heranzuschaffen ist.

Die Herren Agitatoren verlieren nichts, deren sicherlich nicht geringer Gehalt geht während und nach den Streiks ruhig weiter, und kann es deshalb auch nur in deren Interesse liegen, möglichst viel Mitglieder zu erwerben, um desto sicherer ihre nicht schwere Beschäftigung weiter zu haben. Oder glaubt jemand, daß die Herren aus reiner Nächstenliebe und um die Lebensstellung ihrer Mitmenschen zu verbessern, ohne weiteres Interesse, ihre Reden halten? Und wenn man diese Reden hört, so muß man sich einmal darüber wundern, mit welcher Geschicklichkeit es die Herren verstehen, alles Bestehende zu tabeln, andererseits aber die beste Absicht so zurechtzubringen, daß dieselbe scheinbar das Gegenteil von dem sagt, was beabsichtigt werden soll. Fragt man sich nun, was wollen diese Herren, deren ausschließliches Geschäft es ist, zur Unzufriedenheit zu agitieren und zum Zerfallen eines guten Unternehmens das Wort zu reden, denn im Ergebnis solcher Erfolge liegt ihr Geschäft, hier in Sarstedt, so muß man sich zur Antwort geben, daß es sich doch in erster Linie um persönliche Interessen handelt. Die Herren müßten ja wieder arbeiten, wenn sie nicht mehr von den Arbeitern erhalten werden. Die ganzen Forderungen sind auf Zug und Trug gebaut. Die Löhne sind gegen früher gestiegen, die Arbeitszeit ist kürzer geworden und ohne die Verbände und kann, wenn dieses überall durchgeführt wird, ununterbrochen noch länger werden. Sehen wir nur einige Jahre zurück: die Löhne des Tagelohners sind von 1,80 auf 2,50 M. gestiegen, die der Facharbeiter in gleichem Verhältnis. Die Arbeitszeit betrug früher zwölf Stunden und ist auch auf zehn Stunden zurückgegangen ohne die Verbände. Wenn die Herren, welche hier geredet haben, behaupten, die Klagen der Arbeiterschaft seien mit Abzügen beantwortet, so ist das eine Lüge, wie jeder rechtlich denkende Arbeiter zugeben muß. Wenn infolge mäßigerer besserer Einrichtungen Vorteile erreicht werden, so ist es nicht mehr wie recht und billig, daß auch wir unsere Vorteile davon haben. Dieses Recht glauben wir in Anspruch nehmen zu dürfen. Es wurde sogar von einem der hier zuletzt redenden Herren zugegeben, daß er an unserer Stelle auf dem gleichen Standpunkt stehen würde, was doch gewiß für die Prinzipien, welche verfolgt werden, bezeichnend ist.

Daß ferner bei wirtschaftlich besserer Lage höhere Löhne bezahlt werden können, liegt auf der Hand. Ebenso naturgemäß ist es, daß es bei schlechter Geschäftslage auch wieder gedrückte Löhne gibt. Wir glauben aber, daß wir unsere Arbeiterschaft so gut wie dieses bei den gewiß schweren Jahren, welche die Industrie durchgemacht hat, überhaupt möglich war, vor Arbeitslosigkeit geschützt haben, trotz mehr wie geringen Verdienstes an unseren Artikeln. Um aber denjenigen unserer Arbeiter, welche schon längere Jahre bei uns beschäftigt sind und welche ein Interesse an dem gedeihlichen Fortkommen unserer Fabrik zeigen, unsere Anerkennung zu beweisen, haben wir uns entschlossen, für dieselben eine gewisse Summe jährlich zur Sparrkasse abzuführen, und zwar wird diese Summe monatlich auf ein auf den Inhaber ausgestelltes Sparrkastenschein einbezahlt. Die Summe soll einer Lohnaufbesserung von fünf Prozent entsprechen.

Alles weitere werden wir in den nächsten Tagen bekanntgeben und mit den Betreffenden ein entsprechendes Abkommen treffen. Sarstedt, den 16. Februar 1904. A. Wop sen.

Zugleich erhielten die Arbeiter einen Revers folgenden Inhaltes vorgelegt:

„Zwischen der Firma A. Wop sen. einerseits und Herrn andererseits wird heute folgendes vereinbart: Die Firma A. Wop sen. verpflichtet sich, an Herrn eine Vergütung von fünf Prozent des verdienten Lohnes zu gewähren, wenn derselbe in jeder Weise die Interessen der Firma vertritt, welche ein günstiges Fortgehen des Betriebes ermöglicht.“

Diese Prämie wird in einem Sparrkastenschein bei der Sparrkasse des Landrathes Hildesheim-Marienburg monatlich hinterlegt.

Das Sparrkastenschein wird für Herrn ausgestellt. Dieses Abkommen beginnt mit dem 1. April 1904, doch zählt die Firma A. Wop sen. den oben genannten Betrag schon von jetzt an auf das Sparrkastenschein ein. Geschlossen wird das erste Sparrkastenschein nach Ablauf eines Jahres, also am 1. April 1905, und geht dasselbe nach weiteren sechs Monaten, also am 1. Oktober 1905, in den Besitz des Herrn zu dessen freier Verfügung über, einschließlich der entstandenen Zinsen. Jedes Jahr wird ein neues Sparrkastenschein hinterlegt.

Die Firma behält sich vor, bei günstigem Geschäftsgang den Projektzins zu erhöhen. Sticht Herr vor Ablauf der für dieses Abkommen festgesetzten Frist, so wird das Hinterzinsnehmen des Sparrkastenscheins sofort ausgesetzt.

Herr verpflichtet sich dagegen, bis zur endgültigen Übergabe des Sparrkastenscheins bei der Firma A. Wop sen. tätig zu sein und soweit wie möglich für günstigen Fortgang des Betriebes zu sorgen, speziell hinsichtlich sparsamsten Verbrauches an Werkzeug und Material und sich nicht an Handlungen zu beteiligen, welche einen ruhigen Geschäftsgang unmöglich machen. Falls Herr sich aber an Streiks, Arbeitsunterbrechungen und Verzögerungen, welche einen ununterbrochenen Betrieb verhindern, betheiligt, verfallt der bis zu der Zeit einbezahlte Betrag zugunsten der Firma A. Wop sen., bezugslos, wenn Herr aus eigenem Antrieb vor Ablauf der vereinbarten Zeit seine Stellung verläßt. Wird Herr aber während der Firma einlassen aus Mangel an Arbeit, Betriebsstörungen, soweit solche nicht durch Streiks begründet sind, Krankheit und dergleichen, so wird das Sparrkastenschein sofort ausgeliefert. Zum Zeichen des Einverständnisses ist dieses Abkommen von beiden Theilnehmern unterschrieben. Sarstedt, den 27. Februar 1904. A. Wop sen.

Wir wollen nun, beides was wir immer sind, Herrn Wop auch heute schon verraten, daß er auch mit seinen neuen Sozialmitteln kein Glück haben wird. Er kann uns weder durch Drohungen noch durch Spekulation auf die Demoralisierung der Arbeiter davon abbringen, noch wie vor seiner Agitation in Sarstedt weiter zu betreiben und zu auszuweichen. Wenn auch Herr Wop nicht will, daß die Verbände in Sarstedt „herumspinnern“ (was mit ihm zu reden), so wollen es seine Arbeiter, denn die haben in den letzten paar Jahren soviel von der von Wop so herangezogenen Arbeiterdemoralisierung zu spüren bekommen, daß sie es gründlich satt haben, noch weiter mit solchen „Rezepten“ überschüttet zu werden. Wir aber würden Herrn Wop raten, wenn wir nicht schreien müßten, seinen „Geist“ zuviel zu

zumuten, darüber nachzudenken, ob mit einem anständigen Lohn, einer menschenwürdigen Behandlung und mit Abschaffung seines Sparrkastens seine Arbeiter nicht leichter zufriedenzustellen wären, als mit „Prämien“ in Gestalt von Sparrkastenscheinen, oder anderen Märgen. Mit diesen Märgen lockt man heutzutage keinen Hund mehr hinterm Ofen hervor, geschweige denn, daß man die Arbeiter von der Organisation wehrt.

Kollegen von Sarstedt: haltet nach wie vor fest zur Organisation, das übrige wird sich zum Ärger des Herrn Wop dann schon finden. Hannover. Reinecke.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Für die Zahlstelle Rathenow des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes soll zum 1. Mai dieses Jahres ein besoldeter Geschäftsführer mit einem monatlichen Gehalt von 140 Mark angestellt werden, dem die Geschäfte der Zahlstelle und die Kassenführung, sowie die Einkassierung der Beiträge, soweit diese nicht durch Vertrauensleute erhoben werden, persönlich obliegt.

Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandskollegen, die mit den organisatorischen und agitatorischen Aufgaben eines Zahlstellenleiters vollständig vertraut sind und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können.

Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, die Zeit der Verbandszugehörigkeit, der Beruf und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein.

Bewerbungsschrift, sowie eine Abhandlung über das Thema „Die Aufgaben eines Geschäftsführers“ sind spätestens bis zum 1. April an Fr. Weber, Lagerhalter in Rathenow, Steinstraße 24, einzufenden.

Einsichtlich der Arbeitslosenstatistik

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterfüllungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Sagen die Erhebung einer monatlichen Extrafsteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Urdingen die Erhebung einer monatlichen Extrafsteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8 a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gevelsberg: Der Former Heinrich Geitebrügge, geb. am 23. Oktbr. 1876 zu Gevelsberg, Buch-Nr. 401 911, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg: Der Klempner Gustav Unterlercher, geb. am 21. Nov. 1869 zu Hamburg, Buch-Nr. 28 786, wegen Betrug; der Klempner Wilhelm Lheune, geb. am 28. Januar 1857 zu Köpenick, Buch-Nr. 331 502, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mehlis: Der Feilenhauer Max Schubert, geb. am 2. Mai 1873 zu Chemnitz, Buch-Nr. 639 904, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumarkt i. O.: Der Former Johann Breitshuh, geb. am 5. November 1876 zu Nürnberg, Buch-Nr. 583 679, wegen Schwindelerei.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schönenberg: Der Mechaniker Nikolaus Graßrud, geb. am 30. März 1877 zu Nürnberg, Buch-Nr. 578 379, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag der Allg. Verwaltungsstelle in Nürnberg: Der Schlosser Karl Littenberger, geb. am 14. Januar 1865 zu Dinkelsbühl, Buch-Nr. 637 417, wegen Logischschwindel und Schädigung des Verbandes.

Nicht wieder aufnahmefähig sind:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: Der Schleifer Friedrich Brunner, geb. am 8. April 1879 zu Pfaffenhofen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle zu Fürstentum a. Spreewald: Der Schmied Karl Weichte, geb. 10. Dezember 1867 zu Neuenhof.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16 b

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 29. Februar 1904 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Bonn: Nachen 400. Alzenburg 1500. Altwasser 139. Anklam 45,54. Artern 100. Aschersleben 200. Aue 1200. Augsburg 900. Amberg 300. Warmen 3000. Bergedorf 340. Bernburg 200. Bielefeld 65,30. Bielefeld 2500. Brandenburg 1600. Braunschweig 2400. Bremen 300. Bremerhaven 2400. Breslau 1400. Chemnitz 1900. Grimnitz 20,10. Dörfel 100. Dessau 200. Döbeln 400. Dortmund 121,41. Döhlen 100. Durlach 800. Düsseldorf 1600. Eisenach 200. Eisenberg 100. Eibing 198. Effen 1000. Eppingen 800. Ferenbach 200. Flensburg 500. Forst 200. Frankfurt 1000. Frankfurt a. M. 6400. Frankfurt a. O. 150. Freiberg i. S. 140. Freiburg i. Edl. 60. Gerstbach 140,36. Gera 1000. Gevelsberg 700. Gießen 200. Glanitz 196. Gollern 50. Gößnitz 250. Gotha 200. Greiz 200. Gundersleben 70. Halle 800. Hannover 4000. Harburg 700. Heidelberg 300. Heiligenstadt 345,14. Höchst 200. Hörde 70. Hroslava 500. Kaiserlautern 200. Kall 500. Kammfart 600. Karlsruhe 1200. Kassel 1000. Kattowitz 50. Kiel 2400. Köln 1000. Königsberg 500. Koswig 75. Kuppen 100. Lagerdorf 80. Lauenburg 70. Leer 100. Leipzig 8910. Leisnig 150. Limbach 250. Linder 2200. Ludwigsfelde 500. Ludwigsfelde 550. Ludwigsfelde 700. Lüneburg 676,72. Magdeburg 3000. Mainz 500. Mannheim 1600. Meerane 900. Meissen 600. Merseburg 100. Meißen 1,50. Minden 50. Mittweida 140. Mitzka 400. Mühlheim a. Rh. 800. Mühlhausen 200. Nürnberg 94,80. Neife 100. Nienburg 257,49. Neumarkt O. Pf. 100. Neumünster 240. Neustadt 100. Niederrhein 200. Nordhausen 200. Norwies-Neumarkt 500. Nürnberg: Former 400. Schmiede 600. Oberweiß 100. Offenbach 800. Osterholz-Scharmbeck 200. Pforzheim 300. Pirna 220. Pörschlag 84,20. Pries 600. Quedlinburg 250. Reichardt i. R. 384,45. Reichenhain 388. Reichenberg 800. Rostock 300. Saalfeld 700. Sanct-Jagert 93. Sangerhausen 420. Solingen 2835. Schleiz 43,10. Schmiedeberg 200. Schönebeck 300. Schwanberg 32,20. Schwent-

- ningen 200. Stendal 74. Stettin 800. Stockum 10,80. Striegan 146,10. Stuttgart 2700. Tübingen 800. Tünnisheide 392,47. Torgelow 800. Triber 116,99. Ulm 150. Uerdingen 100. Warel 60. Wegeled 500. Wierf. 22,46. Wippl 100. Weissenau 81,76. Wiesbaden: Alg. 550, Klempner 322,94. Wilhelmshafen 600. Zwickau 180. Zwickau 180. Einzelmitglieder der Hauptkasse 750. Für Notizkalender 1903: 15,20. Notizkalender 1904: 788,70. Protokolle des vierten deutschen Gewerkschaftskongresses 3,50. Protokolle der sechsten ordentlichen Generalversammlung 22,50. Zurückbezahlte Schuld von F. Fehrmann, Bonn 2. F. Conle, Heiligenhaus 4.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtarbeitern nach Berlin D.; von Drechern nach Verdau (Sächsisch Waggonfabrik) Mi.; von Eisenschleifern, besonders Aufträgern, nach Koblenz-Neuenhof (Obstproduktindustrie) Mi.; von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Bett. Seifstr. 3, Lub, Wöllersstr. 8, Christian Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Wärenschanzstr. Jean Nieß, Fürthstr.; Michael Reiser, Paradiesstr.); nach Fürth Ludwig Spiegelberger, Königsplatzstr.); nach Stuttgart (Luitlen) D.; von Formern und Eisengießerarbeitern nach Grimnitzschau (Schulze) Mi.; nach Dessau (R. Becker & Co.) Mi.; nach Elbing (Kommait) D.; nach Erfurt (Kühler) D.; nach Frankenthal, (Klein, Schanzlin und Becker) H.; nach Gevelsberg (Müller) M.; nach München (Heilbronner) D.; nach Neu-Ruppin; nach Neustadt a. M. (Johann Abrechts-werte) M.; von Klempnern nach Gößnitz (F. W. Müller) D.; nach Kopenhagen (Dänische Gasuhr-Fabrik); von Metallarbeitern aller Branchen nach Groß-Berfel bei Jameln (Niemann & Abbtmeyer); nach Sarstedt bei Hannover (Wop) A.; von Metallarbeitern und Maschinenbau nach Fürth i. Bay. (Metallwarenfabrik Joh. Ubel) St.; von Metallschlängern nach Dresden, besonders (O. Steber in Neustadt) D.; von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.; von Schlossbauern nach Heiligenhaus (Karl Rickmann) St.; von Schlossern nach Verdau (Sächsisch Waggonfabrik) Mi.; von Schlossern und Schmieden nach Fürthberg bei Mellendorf (Geiffenbüttel & Stache) St.; von Schmieden nach Verdau (Sächsisch Waggonfabrik) Mi.; (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Unsperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Ufford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Nürnberg. Die hiesigen Feilenhauermeister haben in Nr. 2 des Organs „Messer und Feile“ ein Inserat erlassen, wonach sich nunmehr der Arbeitsnachweis, Zudersetzt Nr. 35 befinden soll. Obwohl die Meister laut Vereinbarung vom Jahre 1898 sich verpflichteten, Gehilfen nur durch unseren Arbeitsnachweis einzustellen, haben sie, ohne uns davon zu verständigen und ohne dafür einen sichhaltigen Grund zu haben, einen eigenen Arbeitsnachweis gegründet, somit also die im Jahr 1898 getroffenen Vereinbarungen gebrochen. Selbstverständlich werden sich die Nürnberg Feilenhauergehilfen nicht so leicht ihren Arbeitsnachweis entreißen lassen, wie das einige der Herren Meister sich einbilden. Unser Arbeitsnachweis befindet sich von jetzt an im Bureau der Allgemeinen Verwaltungsstelle, Zufuhrstraße 29 I, nicht Zudergasse 35, und bitten wir die Kollegen, dies beachten zu wollen. Da außer dieser Angelegenheit noch weitere Differenzen mit der Werkstätten Werkstätte vorhanden sind, so ersuchen wir die Kollegen dringend, den Zugang von Nürnberg fernzuhalten!

Former.

Chemnitz. Eine stark besuchte Versammlung für Former und Gießereiarbeiter tagte am 28. Februar im Schützenhaus. Genosse Krause als Referent sprach über die Zustände in der Eisengießerei von Hugo Schreiter. Die Chemnitzer Metallarbeiter und erst recht die Gießereiarbeiter seien, so führte der Redner aus, in puncto nobler Behandlung nicht sehr vorwärtig. Jedoch gebe es eine Anzahl Betriebe, wo die Leute nicht als freie Arbeiter, sondern als Sklaven behandelt wurden. In der Scheiterischen Gießerei, wo 250 Arbeiter beschäftigt seien, herrschen noch Zustände, wie man solche nur in Kruterduben findet. Es geht dort keine geregelte Arbeitszeit und keinen geregelten Uffordpreis. Die hygienischen Einrichtungen seien mangelhaft und müßten sich die Arbeiter eine Behandlung vom Chef gefallen lassen, die unerhört zu nennen sei. In dem Schreiterischen Schimpfwörterlexikon seien Worte zu finden, die öffentlich nicht wiederzugeben sind, denn Efel und Brummochje seien alltägliche Redensarten. Auch nennt er die Former die größten Verbrecher, die ihn noch bankrott machen würden. Wenn beim Gießen etwas Eisen verpufft heißt es: „Guch sollte das Eisen gleich in die Guchse rein laufen, damit ihr geschick werdet.“ Dergleichen heißt es dort: „Lausejunge, ich hau' dir ein paar in die Fresse!“ Herr Schreiter soll den Leuten sogar Stöße verjehen. Bei der Modellausgabe bekommen die Leute wieder Schimpfereien zu hören, die demoralisierend auf sie einwirken müssen. Denn da heißt es gewöhnlich: „Sie verdienen nicht das Invalidegeld und das Krankengeld, es geht an Kasten mehr kaput, ein Behrjunge macht mehr als Se.“ Als die Arbeiter anfast 20 Minuten eine halbe Stunde Frühstückszeit forderten, da gab ihnen Herr Schreiter zur Antwort: „In 20 Minuten kann man einen ganzen Dohsen freisen.“ Dort Ausgelernte redet Herr Schreiter noch jährelang mit „du“ an. Plage geführt wird noch, daß bei Übernahme der Arbeit der Uffordpreis nicht angegeben wird und die Lohnberechnung eine willkürliche ist. Es kommt vor, daß der eine für ein Stück 1,50 Mark, ein anderer 1,25 Mark und ein dritter gar nur eine Mark bekommt, je nachdem er bei dem Meister oder Chef angeschrieben ist. Wenn die Arbeiter ihre Lohnbücher erhalten, woraus sie dann erntt sehen, was sie verdient haben, heißt es gewöhnlich: „Jetzt kommt die Angst.“ Am Lohntag führen denn auch immer eine größere Anzahl von Leuten Beschwerden, da ihnen zu wenig an Lohn bezahlt ist. Von dem Meister wird ihnen dann gesagt: „Wenn ihr mehr verdienen wollt, müßt ihr mehr machen.“ Oder es heißt: „Soll denn die Gießerei schon wieder losgehen, es gibt nicht mehr, das Geschäft kann es nicht tragen.“ Läßt sich ein Arbeiter gar nicht abweisen, dann heißt es: „Wir wollen es dem Chef sagen“, der dann gewöhnlich von der Preisrückerei keine Kenntnis haben will. Eine Zulage wird aber trotzdem nicht gewährt. Es ist schon dagewesen, daß Former die Stunde nur 17 Pf. verdienen. Es ist überhaupt zweifelhaft, sagte Redner, ob ein Mann, der als Former gelernt hat, später als Bergarbeiter tätig war und darauf als Guspüher,

man eine Stelle als Meister so ausfüllen kann, daß er auch zu tätigen vermag, wie viel für eine Arbeit bezahlt werden muß. Zur Zeit des schlechten Geschäftsganges wurden die Akkordpreise allgemein herabgesetzt. Herr Schreiter versprach, daß wieder höhere Preise bezahlt werden, sobald der Geschäftsgang ein besserer wird. Wenn nun die Formner glaubten, daß jetzt, wo viele Aufträge zu erledigen sind, bessere Preise bezahlt würden, so ist gerade das Gegenteil eingetreten, indem verhältnismäßig die Preise herabgesetzt worden sind um 16 2/3 und 40 Prozent. Fährt jemand beim Chef Beschwerde, dann heißt es: „Wer bei mir groß ist, kommt nicht durch.“ Hier ist es der Meister Heinz, der angeblich jede Arbeit in kürzester Zeit fertigstellen will, trotzdem die Formner, die früher mit ihm zusammenarbeiteten, behaupten, daß er nur als Durchschnittsarbeiter in Betracht gekommen sei und auch heute noch nicht mehr könne wie das Gros der Formner. Da es an der nötigen Zahl Handarbeiter fehlt, so müssen sich die Formner beim Sandstrahlen und dergleichen Arbeiten stets auswechseln; kommt einmal ein Formner und verlangt einen Mann zum Helfen, dann gibt ihm Meister Heinz zur Antwort: „Sieht euren Dreß selber, ich habe niemanden.“ Herr Schreiter sagte kürzlich einmal: „Hierherin gehören ein paar Gerdarmen und mehrere Meister, die tüchtig neimhauen.“ Da nun aber nicht jedermann Lust hat, als Meister in diese Gießerei einzutreten, sagte er, er würde schon noch Meister anschaffen und wenn er sie von Paris kommen lassen solle. Das Abwiegen der großen Gußteile geschieht ohne Zugabe des Formers, trotzdem ein Plakat aushängt, das besagt, daß der Formner beim Abwiegen, wenn der Guß gepußt ist, dabei sein soll. Da die Formner nun schon bemerkten, daß gleiche Stücke verschiedenes Gewicht hatten, so wogen sie selbst nach, worauf ihnen dann von den Meistern gesagt wurde: „Sie glauben wohl Ihr Gewicht nicht,“ aber: „Wenn das der Chef erfährt sofort davon unterrichtet,“ der wieder mit folgenden Ausdrücken kommt: „Mit dem Kopfe durch die Wand könnt ihr nicht; ich bin gut, ihr könnt mich um den Finger wickeln, aber wo ihr durch wollt, da geht es nicht.“ Die Arbeiter erhalten den Handlsguß, der nach Dresden geht, erst bezahlt, wenn dieser an die Kunden abgeliefert ist. Diese Leute haben auch keine geregelte Arbeitszeit, weil der Ulls besteht, daß der ganze Guß gepußt sein muß, ehe Feierabend wird, und wenn es bis nachts zehn und elf Uhr dauert. Sind sie einmal um fünf Uhr fertig, dürfen sie vor sieben Uhr doch nicht aus der Fabrik hinaus. Wer früh zu spät kommt, muß aber 20 Pf. Strafe zahlen. Die Handarbeiter müssen oft, wenn sie beim Gießen mitgeholfen haben und in Schweiß gebadet sind, hinaus, um Kots oder Eisen abzuladen. In bezug auf die gesundheitsschädlichen Einflüsse ist zu bemerken, daß der Kernofen, wenn er angefeuert wird, einen Qualm verurteilt, daß die Luft in der Gießerei verborben ist. Vor einem Jahre sind auch einmal drei Mann dadurch ohnmächtig geworden. Das Leeren der Gußteile wird, wenn sie noch warm sind, in der Gießerei vorgenommen, was wieder zur Verpestung der Luft beiträgt. Beklunge sind, wenn sie Ausschub hatten, schon mit 1 Mk. Strafe belegt worden. Der Arbeiterauschuss hat keine Kontrolle über die Verwendung der Strafgebel. Es ist auch eine Badeanstalt vorhanden, die aber nur nach sechs Uhr abends benutzt werden darf; aber auch dann muß der Schlüssel erst durch den Expedienten vom Portier geholt werden, weshalb die Badeanstalt sehr wenig benutzt wird. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der sie gegen die Behandlung und die Lohnverhältnisse in der Schreiterischen Eisengießerei protestierte und die Erwartung aussprach, daß der Arbeiterauschuss vorstellig werde, um einen Lohnstarif zu fordern, der in der Fabrik ausgehängt wird, damit die fortwährende Preisrückerei in Zukunft aufhöre.

Crinmischau. In der Eisengießerei von G. A. Moriz Schulze arbeiten die Formner in Akkord; Löhne von 8, 9, 10 Mk. pro Woche sind keine Seltenheiten. Es ist sogar vorgekommen, daß ein Formner in vier Tagen 1 Mk. 50 Pf. verdient hat. Auch hat man einem Formner, der in Meerane wohnt und in der betreffenden Woche 10 Mk. 25 Pf. verdient hatte, zugemutet, von Meerane nach Crinmischau zu fahren und den Guß von Sonnabend an darauffolgendem Sonntag auszuapaden. Da dies der Formner verweigerte, erklärte der Sohn des Herrn Schulze: „Wenn Sie es nicht machen, stelle ich drei Handarbeiter an, die Sie dann bezahlen müssen.“ Wird ein Stück fehlerhaft, dann erhält der Formner nur die Hälfte des Akkordlohes, trotzdem es für gut verarbeitet wird; ist es ganz Ausschub, dann erhält der Formner überhaupt nichts. Beschwerden sich die Formner wegen des geringen Lohnes bei dem Sohn des Herrn Schulze, der die Gießerei leitet, so erklärt er: „Das ist doch mir egal.“ Braucht ein Formner Holz zum Verhängen, oder Keile oder Pfähle, so wird ein Hilfsarbeiter in die Maschinenfabrik geschickt, die acht Minuten von der Gießerei entfernt ist. Dort wird der Hilfsarbeiter zu anderen Arbeiten verwendet und es vergehen drei bis vier Stunden, ehe er wieder zurückkommt. Der Formner kann während der Zeit nicht arbeiten, verdient also nichts. Auch wird sehr unregelmäßig gegossen, ganz wie es dem Herrn Schulze jr. paßt. Beschwerden sich die Formner, erklärt er: „Das mache ich wie ich will.“ Eine Ventilation ist überhaupt nicht vorhanden. Wird die Trockenkammer angefeuert, so ist wegen des niedrigen Gebäudes der Gießereiraum so voll Rauch, daß es nicht auszuhalten ist und alle Türen aufgemacht werden, damit er abziehen kann. Das Trinkwasser ist kaum zu genießen. Die Beleuchtung läßt auch viel zu wünschen übrig. Die Aborte sind in einem Zustand, daß sie im Sommer von den Formnern nicht benutzt werden können. Die Behandlung durch Herrn Schulze jr. ist nicht die beste, Worte wie „Faulenzer“ u. dgl. sind keine Seltenheiten. Auch in der Maschinenfabrik sind die Verhältnisse sehr verbesserungsbedürftig. Trotzdem sind von jetzt 55 Arbeitern nur wenige, und auch diese getrennt organisiert. Es ist dringend zu wünschen, daß sich die Kollegen dort auftraffen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Erst dann wird es möglich werden, die Verhältnisse bei der Firma G. A. Moriz Schulze zu verbessern. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten.

Hirschberg i. Schl. Die Hirschberger Mutterfirma H. A. Theufer hat es darauf abgesehen, ihre Gießerei zu einer Versuchsstation für fremde Formner zu gestalten. Die Firma beschäftigt zurzeit fünf Formner, hat aber nur für drei Raum zum Arbeiten. Damit die Firma aber immer Leute „auf Lager“ hat, annonciert sie in auswärtigen Blättern nach tüchtigen und nichtsternen Formnern, so zum Beispiel in der Meißner Zeitung. Daß die Firma nun gerade in dem schlechtesten Mom nach tüchtigen Formnern sucht, gibt zu manchen Vermutungen Anlaß. Die Firma ist jedenfalls der Ansicht, daß in dieser schwarzen Gegend noch Elemente zu finden sind, die in puncto Lohn und Behandlung nicht so empfindlich sind als unsere hiesigen Kollegen. Kommt nun so ein fremder Kollege her, so sucht ihn der Meister Helfgott gleich am ersten Tage auszufragen und ihn vor den anderen Kollegen zu warnen. Das wären alles „Feser“, vor denen er sich hüten sollte. Weniger tüchtig als im Ausfragen und Gegendemüßspielen der Kollegen ist der Meister in seinem Fach, da steht er meistens weit hinter seinen Formnern zurück. Das sucht er dadurch auszugleichen, daß er die Preise um 20 und noch mehr Prozent reduziert. Erklärt dann ein Formner: für den Preis kann ich es nicht machen, dann sagt Helfgott einfach: ich kann nichts ändern, da müssen Sie ins Kontor gehen. Bevor der Betreffende aber ins Kontor kommt, war der Meister vorher schon dort und hat den Preis schon angegeben. Auf diese Weise suchen sich Leute, wie der Meister, die Gießerei zu sichern, auf anderem Wege können sie das nicht. Der Meister Helfgott scheint sonst nicht sehr empfindlich zu sein, denn es ist ihm von der Firma schon mehrmals gekündigt worden, er ist aber immer wieder dabeigeblichen. Kollegen, die unterrichtet sind, behaupten sogar, daß, wenn der Meister Helfgott zu einer Türe hinausgeschickt wird, er zu einer anderen wieder herein kommt. Der Herr hat auch bei dem letzten Ausstand bei H. A. Theufer eine sehr klägliche Rolle gespielt. Statt, daß er damals als Hirschbunderischer Organisierte sich mit den Ausständigen solidarisch erklärt hätte, hat er diese mit unterdrücken helfen, er hat Streikbrecher in die Türe gelockt, trotzdem auch ein Hirschbunderischer mitwirkte. Aber bei den Hirschbunderischen ist das ja keine Seltenheit, daß einer von hinten herum Streikbrecher besorgt. Der Meister Helfgott sollte damals aus dem Gewerkeverein ausgeschlossen werden,

er ist aber heute noch dabei. Das ist auch ein Unterschied zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und jenen; bei uns fliegen Gewerkevereine statutarisch festgelegt werden, daß Streikbrecher nicht ausgeschlossen werden dürfen. Nach dem Verhalten bei Meißlich muß das beschloffen werden. Aber das hiesige Eldorado ließe sich ja noch viel sagen, aber zunächst will ich nur eines erwähnen. Es betrifft das die „Ventilation“ in der Formerei. Da ist es so gefährlich, daß man nach dem Gießen erstickt kann; es ist auch vor mehreren Jahren vorgekommen, daß einer, der nochmals hineingehen und die Fenster aufmachen wollte, nicht wieder herauskam. Er lehnte an der Wand und war erstickt.

Offenbach a. M. Die Firma Seebach & Co. sucht fortgesetzt in auswärtigen Blättern Formner, Kernmacher und Gießereiarbeiter. Den Kollegen, die sich darauf an die Firma wenden, wird erklärt, daß sie pro Woche 25 bis 40 Mk. verdienen können. Nachdem sie dann zu arbeiten angefangen, sehen sie, daß dies wegen schlechter Material- und Akkordverhältnisse nicht möglich ist und suchen danach wieder das Weite. Diese Zustände haben bewirkt, daß in den verfloßenen ersten zwei Monaten dieses Jahres 29 Formner und Gießereiarbeiter ansingen und 37 wieder aufhörten. Daraus werden die Kollegen ersehen, daß, bevor sie auf derartige Annoncen nach Offenbach kommen, es notwendig ist, die Sache sich richtig zu überlegen und nicht Arbeitsverhältnisse zu lösen in der Hoffnung, hier etwas besseres zu finden. In der Mehrzahl der Fälle dürften sich die Hoffnungen als trügerische erweisen.

Gold- und Silberarbeiter.

Rathenow. Bei den Goldwarenfabrikanten Gebz. Schulz, Nauenerstraße, wurden am 5. März sämtlichen Pincenezarbeitern, 14 an der Zahl, gekündigt, angeblich wegen Arbeitsmangel. Es haben auch alle dort Beschäftigten schon eine Woche verkürzt gearbeitet und die dort noch beschäftigten Brillenarbeiter arbeiten weiter verkürzt. Da es jedoch schon mehrere Male vorgekommen ist, daß Gebz. Schulz allen Arbeitern gekündigt hat, um Lohnabzüge besser durchsetzen zu können, ist auch diesmal darauf zu rechnen und doppelte Vorsicht geboten. Die in Frage kommenden Kollegen sind alle organisiert.

Rathenow. Seit dem Streik bei der Großfirma Mitsche & Günther und bei H. Krumin, die am Ende des Jahres 1902 mit einer Niederlage endeten, weil es genannten Firmen gelang, die Zeilarbeit zu den von ihnen festgesetzten Preisen einzuführen, waren die hiesigen optischen Arbeiter fortwährend in Aufregung gehalten. Wenn es auch im verfloßenen Jahre zu Streiks nicht gekommen ist, so hatten wir doch eine ganze Reihe Differenzen, besonders in den Kleinbetrieben, zu verzeichnen. Die eingetretene Besserung der Konjunktur Werkstätten scheint es so, als ginge das Geschäft nicht mehr so flott. Es ist ja bekannt, daß, nachdem die Weihnachtseinstellungen fertiggestellt sind, das Geschäft im allgemeinen nachläßt. Infolgedessen ist es nichts neues, wenn in dieser Zeit die vor Weihnacht eingestellten Arbeiter wieder entlassen oder aber auch die Arbeiter, die sich unliebsam gemacht haben, auf Pfahler gesetzt werden. Besonders in der Goldbranche trifft dieses zu und haben wir hier voraussichtlich viele Kämpfe zu erwarten. Bei der Firma A. Baumgart waren mit der Zeit unhaltbare Zustände eingetreten. Der Unternehmer deutete an, daß seine Ware anderen Unternehmern gegenüber zu teuer werde. Er könne nicht konkurrieren, das war auch hier das Schlagwort. Er machte auch einzelne Abzüge, mußte jedoch das Abgezogene wieder herausrücken, sobald der Arbeiterauschuss vorstellig wurde. Um nun diesen ewigen Streitereien ein Ende zu machen, forderte der Arbeiterauschuss eine Preistabelle, die in der Werkstatt ausgehängt werden sollte. Dies war um so mehr berechtigt, als bis jetzt fast alle dort Beschäftigten in Lohn arbeiteten und nun nach und nach Akkord arbeiten mußten. B. fertigte auch eine Tabelle aus; die Kollegen waren aber nicht wenig erstaunt, daß fast sämtliche Preise um 0,50 bis 3 Mk. pro Duzend herabgesetzt waren. Außerdem war Zeilarbeit vorgezogen, die bisher nicht gemacht wurde. Unsere Kollegen stellten nun eine Gegentabelle auf und traten in Verhandlungen ein. Da aber eine Einigung nicht erzielt wurde, reichten die Kollegen am 23. Januar ihre Kündigung ein und legten am 6. Februar die Arbeiter nieder. In den Verhandlungen schien es so, als sollte eine Einigung zustande kommen. Die Preise für fertige Arbeit waren geregelt. Aber bei Festlegung der Preise für die Zeilarbeit stockten die Verhandlungen schon bei der ersten Forderung. B. sagte, um über die Streiterei bei der Zeilarbeit hinwegzukommen, solle diese vorläufig in Lohn gemacht werden oder die während der Kündigungszeit angenommenen Arbeitswilligen sollten darauf arbeiten. Er müsse aber vier von den alten Arbeitern entlassen. Darauf ging der Arbeiterauschuss nicht ein, sondern forderte die Wiederentlassung der drei Arbeitswilligen innerhalb vier Wochen. Diese Forderung brachte Herrn Baumgart aus dem Häuschen. Er schrieb den Arbeiterauschuss in einer Weise an, daß er sich auf einen preußischen Kaiserhof versetzt fühlte: Darüber lasse er sich keine Vorwürfe machen. Das mache er wie er wolle. Er sei „Herr im Hause“ u. s. w. Wenn er heute dem zustimme, daß die Arbeitswilligen hinaus müßten, so wüßte es morgen schon die ganze Stadt. Er sei dann blamiert, und so etwas dürfe es nicht geben. Das ist der der richtige Standpunkt eines Scharfmachers. Nur nichts in die Öffentlichkeit. Nach außen hin soll es so aussehen als sei er der humanste Mensch. Herr B. will nicht geniert werden, wenn er seinen Arbeitern pro Woche 4,50 Mk. vom Lohne abstreicht. Die Verhandlungen waren zu Ende und siebzehn Arbeiter verließen die Werkstatt. Zwei nichtorganisierte blieben drin. Der eine davon, ein Verwandter von B., war früher Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Auch der große Streik bei Mitsche & Günther hat er 15 Wochen mitgemacht und zirka 255 Mk. an Unterzählung bezogen. Als dieser Streik beendet war, arbeitete er einige Wochen in einem K.einbetrieb, wo es ebenfalls zu Differenzen kam. Als er erkannte, daß der geplante Abzug auch für ihn einen Lohnausfall bedeute, ging er sofort zu unserem Bevollmächtigten, damit dieser die nötigen Schritte unternehme. Der Abzug wurde beseitigt und bald darauf trat dieser Herr bei B. in Arbeit. Da er noch nicht auf Gold gearbeitet hatte, wurde er einem anderen Arbeiter zum Anlernen zugeteilt. Dieser plagte sich nun einige Zeit mit ihm herum. Das Sprichwort hat da seine Berechtigung: „Wer zum Leiermann geboren, wird nie ein Musikant.“ Er arbeitete nun so ziemlich selbständig. Mit der Zeit hatte der Betrieb des Herrn B. eine Erweiterung erfahren und glaubte B., nicht mehr alles allein überlegen zu können. So erklärte er denn eines Tages dem Arbeiterauschuss, er habe seinen Schwager als „Aufseher“ ernannt, der ja den Arbeitern nichts zu sagen habe, aber er solle doch nach Ordnung sehen. Einige Kollegen fanden darin auch nichts anstößiges. Ohne Hintergedanken zu haben, sagten sie sich: bis jetzt hat sich jeder Arbeiter so betragen, daß ein „Aufseher“ nicht nötig war und das „Nachordnungssehen“ hat nur den guten Zweck, daß die Werkzeuge und sonstigen familiären Einrichtungen in guten Stand gehalten werden, woran es immer sehr mangelte. Aber nur zu bald sollten die Arbeiter eines andern befehrt werden. Nicht nur, daß dieser „Ordnungsmensch“ fast alle Arbeiter beim Meister verläßt hat, er hat sie gestickt, ja, sehr oft provoziert, um nur Grund zu haben, wieder etwas neues vorbringen zu können. Die Folge davon war, daß es fortwährend Streit gab. Es scheint, als hätte er selbst eingesehen, daß die Arbeit, die er liefert, mit seinem Lohne nicht im Einklang steht und er deshalb dadurch einen Ausgleich schaffen will, indem er seine Mitarbeiter in solcher Weise zu schädigen und sich dadurch seine Existenz zu sichern sucht. Der andere arbeitswillige Genkteman leistete ihm in jeder Beziehung Unterstützung. Was der eine nicht herausfand, mußte der andere. Nachdem die Arbeiter in den Ausstand getreten waren, brachte die Rathenower Zeitung das Leibzornen des Herrn B., eine Notiz, monach B. aus reiner Selbstlosigkeit die Lohnreduktionen zurückgenommen und nur um des lieben Friedens willen den Arbeitern jene Zugeständnisse gemacht habe. B. suchte auch laut Injunkt, „Saubere Mittel- und Stahlarbeiter“, um sie in seinem Betrieb auszubilden. Letztere verzichteten aber auf das Wohlwollen und sagten sich: Nur wer nicht weiß, wo aus, wo ein, der geht zu August Baumgart. — Nachdem der Bezirksleiter

Kollege Cohen-Berlin den Streit bei B. in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung besprochen und die Anrufung des Einigungsamtes in Aussicht stellte, wurde dieses auch angerufen. In der Versammlung wurden die mit dem Ausschuss durch B. vereinbarten Preise für fertige Arbeit festgelegt. An der Zeilarbeit schienen die Verhandlungen zu scheitern. Schließlich kam eine Einigung dahin zustande, daß unsere Vertreter in eine teilweise Reduzierung der Akkordpreise bis zum 1. Juni einwilligten. Nach Angabe des Arbeitgebers konnten sechs Arbeiter die Arbeit gleich am folgenden Tage, weitere zwei am nächstfolgenden Tage aufnehmen. Die Einstellung der übrigen Streikenden erfolgt nach Bedarf mit der Maßgabe, daß kein betriebsfremder Arbeiter eingestellt wird, solange von den streikenden Arbeitern derselben Gruppe (Brillen oder Pincenez) Arbeitslose vorhanden sind. Bei Arbeitsmangel werden die während des Streiks Eingetretenen zuerst entlassen. Diese Bestimmung hat Gültigkeit bis zum 1. März 1905. Außerdem werden die vereinbarten Akkordpreise zusammengestellt und an einer allen Arbeitern des Betriebes sichtbaren Stelle als Tarif ausgehängt. — In einer daraufhin stattgefundenen Versammlung der Streikenden erklärten sich diese mit den Vorschlägen des Einigungsamtes einverstanden, dem durch die Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben wurde. Letztere bestimmte außerdem, daß, falls die Wiederentstellung der nicht sofort Eingestellten innerhalb vier Wochen nicht erfolgt ist, die arbeitenden Kollegen deshalb bei dem Unternehmer vorstellig werden. Alle Arbeiter erklärten sich bereit, verkürzt zu arbeiten. Da nun in den letzten Tagen wieder einige von den Streikenden eingestellt worden sind, so kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß in Kürze der Zeit die noch übrigen fünf auch wieder beschäftigt werden. — Der Streik bei Baumgart hat nach vierzehntägiger Dauer sein Ende erreicht. Ist es auch unseren Kollegen nicht gelungen, alles durchzusetzen, so ist doch nicht zu verkennen, daß wir immerhin ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Mögen die nicht beteiligten Kollegen daraus erkennen, daß sie stets zusammenhalten müssen, wenn sie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern wollen. Sehen wir alle unsere Kraft ein, dann werden wir auch die ferneren Kämpfe, die uns in unserer Industrie bevorstehen, siegreich beenden und menschenwürdige Zustände schaffen.

Metallarbeiter.

Emmendingen. Es ist wieder einmal Zeit, den hiesigen Metallarbeitern ins Gewissen zu reden, damit sie vorwärts streben und uns unterstützen, indem sie sich zu einer Organisation zusammenschließen. Was nützt es euch, Kollegen, die Faust in der Tasche zu machen und nur am Biertisch über eure Lage zu schimpfen. Die Lage der hiesigen Metallarbeiter ist schlecht, das ist wahr. In dem einen größeren Betrieb ist viernöchtliche Lohnung eingeführt, ohne Berechtigung auf Vorzuschuß. Bei vielen Kleinbetrieben keine Einhaltung der Arbeitspausen. Und vor allem die niedrigen Arbeitslöhne überhaupt — damit ist nur ein elendes Dasein zu rufen. Es wäre also alle Veranlassung vorhanden, daß sich die Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, um durch ihn eine Verbesserung herbeizuführen. Die Interesslosigkeit ist hier unbefehlich. Gäbe es hier Theater, sportliche Veranstaltungen u. s. w., so könnte man denken, daß dadurch das Interesse der Kollegen von ihren eigenen Interessen abgelenkt würde. Aber die Stadt Emmendingen verfügt bei 7000 Einwohnern über 20 Restaurants, das erklärt viel. (Restaurants gibt es anderswo auch die schwere Menge. Red.) Aber ihr, Kollegen, wettet nur über „die Breußen“, die aber viel Erfolge, eben infolge ihrer Organisation errungen haben. Dem gegenüber kann darauf hingewiesen werden, daß die hiesigen Verhältnisse viel mehr Chancen in dieser Beziehung bieten, weil die Arbeitslosigkeit am Orte nicht so grassiert. Es mag wohl der eine oder andere hier keine rechte Vorstellung davon haben, was Arbeitslosigkeit heißt, aber für jeden schlägt einmal die Stunde. Bei solchen Vorkommnissen seid ihr auf Gnade oder Ungnade der Armenverwaltung überliefert, denn Ersparnisse sind bei den hiesigen Verhältnissen nicht gut denkbar, und wenn, so würden sie bald ausgezehrt sein. Tretet daher dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, dann werden auch hier andere Zustände platzgreifen, besonders fordern wir die älteren Schlosser- und Klempnergefellens auf, der Organisation beizutreten, denen die jüngeren Kollegen als Muster gegenüber gestellt werden können. Weg mit dem Kaffegeist. Einer für alle, alle für einen.

Meuselwitz. Am 25. Februar tagte im Gasthaus zum Deutschen Kaiser eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, zu welcher Kollege Max Feld-Weipzig an Stelle des Kollegen Haack als Referent erschienen war. Der Referent sprach über: Was lehren uns die Aussperrungen den Industriearbeitern. Er erledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Obwohl für die Versammlung eine rege Agitation entfaltet worden war, so fehlten doch noch eine große Anzahl Metallarbeiter von Meuselwitz. Mit Recht wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß doch die Zustände in Meuselwitz nicht so glänzend seien, denn in den Fabriken herrschen Mißstände, die schon längst abgeschafft sein könnten, wenn die Kollegen mehr über ihre wirtschaftliche Lage nachdenken würden. Wir haben ja in diesem Jahre schöne Fortschritte in der Organisation zu verzeichnen, haben wir nun doch bald 100 Mitglieder erreicht, aber die Kollegen müssen noch intensiver für den Metallarbeiter-Verband wirken, wenn wir das Ziel erreichen wollen, das wir uns gesteckt haben. Über die Mißstände in den hiesigen Fabriken werden wir später berichten. Kollegen, hinweg mit allem Haber und Meid, die Zeiten sind zu ernst. Schließt euch dem Verband an, ehe es zu spät ist, nur dann wird es möglich, die Mißstände in den Meuselwitzer Fabriken zu beseitigen. Die Herren Arbeitgeber werden euch nichts geben, wenn ihr es euch nicht erkämpft, und dies könnt ihr bloß, wenn ihr dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten.

Mühlhausen i. Th. Bereits im vorigen Jahre waren wir gegungen, die Zustände in der Maschinen- und Fahrradfabrik von Claes & Flenze in einer öffentlichen Versammlung grell zu beleuchten. Wer jedoch glaubt, daß es nun besser geworden wäre, der täuscht sich gewaltig; es ist nicht nur alles beim alten geblieben, sondern noch vieles ist schlechter, hauptsächlich die Löhne sind sehr minimale geworden. Erregte es doch allgemeines Aufsehen, als kürzlich in einer Stadtverordnetenversammlung, gelegentlich einer Debatte über die Löhne der städtischen Gasanstaltsarbeiter, der Herr Claes unsern Vertreter darin zustimmte, daß 25 bis 27 Pf. für Schlosser und Feuerarbeiter zu wenig sei. Aber Herr Claes zählt in seiner Fabrik gelehrten Schlossern 18 bis 22 Pf. Als jüngst unser Vertreter im Stadtparlament den Fabrikanten und Stadtverordneten Claes wiederum auf die schlechten Löhne seiner Arbeiter aufmerksam machte, erklärte dieser Herr, daß die Löhne noch ebenso wären wie früher, je, sie seien gestiegen, Unzufriedene gebe es überall. (Am meisten bei den Unternehmern.) Um nun die hiesigen Metallarbeiter wieder einmal aus dem Schlafe aufzurütteln, sah sich die Ortsverwaltung genötigt, am 29. Februar eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Metallarbeiter und die Verhältnisse in den Fabriken“, abzuhalten. Leider hat es die große Mehrzahl der Arbeiter vorgezogen, hüßlich zu Hause zu bleiben. Als Referent war Kollege Boß aus Ragdeburg erschienen. Nachdem Redner den Anwesenden den Wert der Arbeitskraft, die Nachfrage und das Angebot derselben und die Schädlichkeit des Akkord- und Prämiensystems klar vor Augen geführt hatte, kam er besonders auf die Mißstände in der Fabrik zu sprechen. Da sind vor allem die Löhne, die zu wünschen übrig lassen. Nach vorliegenden Lohnbüchern verdienen Schlosser 17, 22, 24, 28 und 40 Mk. in 14 Tagen. Der Referent hob mit Recht hervor, daß es zu bewundern sei, wenn Arbeiter bei solchen Löhnen ehrlich blieben. Dann das fausches eingerichtete Vorarbeiter- und Kolonnenwesen, das einzig in seiner Art ist. Der Vorarbeiter zählt das Geld aus, schnappt natürlich den besten Wissen, dann kommt sein Vertrauter und dann erst der Arbeiter. Die Behandlung ist tadellos für solche, die nichts besseres gewöhnt sind, für denkende Organisierte jedoch unerträglich. Die in letzter Zeit besonders der Obermeister Göbel vieles. Auch hält sich dieser Herr für besugt, die Arbeiter zur Höchstleistung zu erziehen. Das wäre noch annehmbar, wenn der Herr Obermeister mit gutem Beispiel vorangehen würde. Natürlich hat er sich durch sein Auftreten eine furchtbare widerprüchliche Arbeiterschaft erworben.

denn wenn es heißt: Pst! Pst! der Kleine kommt, dann flieht alles geängstigt auseinander. Will jemand einmal die Fabrik verlassen, so muß der Herr Obermeister zuerst den Zettel unterschreiben und ist es oft unmöglich, hinauszu kommen, wenn der Herr nicht anzutreffen ist. Häufig kommt es vor, daß Arbeiter nichts zu tun haben, stellt sich nun ein solcher Arbeiter zu einem anderen und der Herr Obermeister kommt dazu, heißt es: Na, was machen Sie denn da, scheuen Sie sich an ihre Arbeit. Auch mit der Harmonie zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist es in dieser Fabrik sehr schlecht bestellt. Passiert da einem Schloffer das Malheur, daß ihm eine schon mehrmals aufgearbeitete Dreikantfeile zerbricht, am Jahrtag wird dem Schloffer hierfür 1 Mk. abgezogen. Dem Schloffer ist das zu viel, er geht zu dem Herrn Claes: Sie werden entschuldigen, mir ist eine Feile zerbrochen und ich hierfür 1 Mk. abgezogen worden; das ist zu viel, denn dieselbe war kaum noch 25 Pf. wert.“ Herr Claes sagt: Wenn Sie die Feile zerbrochen haben, dann müssen Sie sie auch bezahlen, wenn Sie nicht wollen, dann wissen Sie, was Sie zu tun haben. Ich will mit dem Obermeister sprechen, wenn Sie zu viel bezahlt haben, dann sollen Sie das anders wieder bekommen. Der betreffende Arbeiter wartet heute noch darauf. Dann existiert auch eine Kantine. Da bekommen die Arbeiter Bier von 8 bis 11 und 3 bis 6 Uhr, pro Liter 20 Pf. Der Überschub fließt dem sogenannten Kantinenfonds zu, der bis jetzt auf 65000 Mk. angewachsen ist. Das sind lauter Arbeitergrößen, nur haben die Arbeiter nicht das Recht, hierüber zu verfügen. Wie es heißt, soll der Fonds zur Unterstützung der Witwen dienen. — Es würde zu weit führen, wollte man alles anführen. Kollege Wolf betonte, daß es nur dann möglich sei, alle diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, wenn sich alle Arbeiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen haben. Weider scheint die Furcht in dieser Fabrik so groß zu sein, daß ein Arbeiter dem andern nicht trauet, und deshalb sei das Schmarotzer- und Denunziantentum in schönster Blüte. An der Diskussion beteiligten sich viele Nehmer und verurteilten aufs schärfste die in der Fabrik herrschenden ungeheuerlichen Zustände. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet alles zu tun, um die noch unorganisierten Metz-“ reiter dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen, da nur durch eine geschlossene und mächtige Organisation der Willkür der Unternehmer mit Erfolg entgegen gearbeitet werden kann.“ In seinem Schlusssatz betonte Kollege Wolf, daß es nicht damit getan sei, in der Versammlung „Bravo!“ und „Sehr richtig!“ zu rufen. Jeder müsse den Mut haben, die unbegründete Furcht vor den Unternehmern abzuschütteln und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, denn dieser Verband sei heute mit seinen 160000 Mitgliedern zu einem Machtfaktor geworden, mit dem die Fabrikanten zu rechnen haben. Das beweisen die Erfolge, die schon erungen worden sind, und da dürfe auch Mühlhausen nicht zurückstehen. Wenn alle dem Verband beitreten, dann werden auch wir die Wohlthaten des Verbandes genießen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Haus der Metallindustrie.

Verein deutscher Maschinenbauanstalten.

Unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Lueg hielt am 4. März der Verein deutscher Maschinenbauanstalten in Berlin seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab eine Übersicht über die gegenwärtige Lage des deutschen Maschinenbaus. Die Besserung, die vor Jahresfrist erhofft wurde, ist leider nicht eingetreten. Im Gegenteil ist die Lage der Maschinenfabriken allgemein wegen der Schwierigkeit der Arbeitsbeschaffung und der sehr niedrigen Verkaufspreise äußerst kritisch geworden. Die Unmöglichkeit der Verhältnisse auf rein wirtschaftlichem Gebiet wird verschärft durch den Umstand, daß der Maschinenbau auch in technischer Hinsicht in eine Krise eingetreten ist, die dadurch entstand, daß wir zur Zeit inmitten von Umwälzungen uns befinden, in einem Umfang, wie dies kaum je zuvor der Fall gewesen ist. Der herkömmliche Dampfmaschinenbau, der bisher als Stumblage für den allgemeinen Maschinenbau galt, scheint in dieser Stellung erschöpft. Trotzdem die Kolbendampfmaschine durch gründliche praktische und wissenschaftliche Behandlung gerade in Deutschland auf eine hohe Stufe der Vollendung gebracht worden ist und selbst die Länder der Erfindungen eines Watt und eines Corliss durch die deutsche Fabrikation vielleicht übertrifft worden sind, ist doch durch die mit Riesenschritten vor sich gehende Zunahme der Verwendung von Gasstrahlmaschinen und Dampfturbinen der Kolbendampfmaschine ein sehr ernstes Wettbewerbs entgegen und hierdurch ein Zustand geschaffen, der für viele unserer Maschinenfabriken äußerst schwierig ist. Auch die Dampfseilfabriken sind in Mitleidenenschaft gezogen, weil naturgemäß mit der größeren Anwendung von Gasstrahlmaschinen der Bedarf an Dampferzeugungsapparaten stark nachgelassen hat.

Nach dem vom Geschäftsführer, Herrn Dr. ing. G. Schrödter erstatteten Geschäftsbericht beläuft sich die Mitgliederzahl zurzeit auf 164 Firmen, von denen 58 gleichzeitig der Gruppe der Dampfmaschinenbauer und 72 der Gruppe der Dampfseilfabriken angehören. — Der Geschäftsbericht gibt dann eine Übersicht über die Entwicklung der Ein- und Ausfuhr von Maschinen im deutschen Zollgebiet. Während im Jahre 1893 unsere Maschinenausfuhr 96 968 Tonne betrug, ist sie bis zum Jahre 1903 auf 256 368 Tonne gestiegen. Interessant ist eine Übersicht über die in dem letzten Jahrzehnt bezüglich der im Abgabebereich deutscher Maschinen eingetretenen Verschiebungen. Österreich-Ungarn, das im Jahre 1893 noch an der Spitze unserer Maschinenabnehmer marschierte, steht heute an dritter Stelle, während die erste Stelle jetzt schon seit einer Reihe von Jahren von Rußland eingenommen wird; unsere Maschinenausfuhr nach der Schweiz hat sich in dem Jahrzehnt effektiv nur um 30 Prozent gehoben und der Anteil der Schweiz an unserem Maschinenexport ist in dieser Zeit fast auf die Hälfte zurückgegangen. Eine ganz bedeutende Steigerung hat unsere Ausfuhr nach Großbritannien erfahren. Die Menge der dorthin ausgeführten Maschinen ist um mehr als das Sechsfache gestiegen, wodurch England von der neunten auf die vierte Stelle unter unseren Maschinenabnehmern vorgezogen ist; auch die Ausfuhr nach Frankreich und nach Italien hat eine erhebliche Steigerung aufzuweisen. Während die Ausfuhr seit 1893 auf mehr als das Zweieinhalbfache angewachsen ist, liegt die Maschinenimport bis zum vorletzten Jahre — nachdem sie in die Jahrhundertwende allerdings wesentlich höher gestiegen war — um etwa die Hälfte der damaligen Einfuhr. Die Maschinenimport betrug 1893 40 889 Tonne gleich 9,1 Prozent, 1903 61 008 Tonne gleich 14,7 Prozent. Großbritannien's Einfuhr nach Deutschland ist nicht nur verhältnismäßig ganz bedeutend zurückgeblieben, sondern auch effektiv zurückgegangen, und zwar hat in der Hauptsache Amerika mit seiner starken Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen Großbritannien verdrängt. Im vorigen Jahr 1902 war das Verhältnis ein für Großbritannien noch ungünstigeres, da in diesem von unserer Maschinenimport nur 40,6 Prozent auf Großbritannien und 33,3 Prozent auf die Vereinigten Staaten fiel. — An die Regierung ist in den letzten Tagen seitens des Vereins die Bitte gerichtet worden, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien auf die Interessen des deutschen Maschinenbaus gebührende Rücksicht zu nehmen.

Rundschau.

Der Reichstag.

22. Februar bis 5. März. — Seit Jahren war bekannt, daß in Deutschland zahlreiche russische Spitzel an Werke sind, um die bei uns lebende russische Jugend zu beaufsichtigen und gelegentlich dazu auch zu benutzen. Den Preis dafür, daß diese östlichen Nachgeborenen in unsern Gewerbe und Wissen und Willen der vaterländischen und der deutschen Reichsbehörden betreiben haben, heute

nach betreiben und in Zukunft weiter betreiben werden, brachte die Reichstagsverhandlung vom 29. Februar 1904. Der Reichstagsler Graf v. Bülow hat sich mit brutaler Offenheit zu dem politischen Ruffendienst bekannt. Zur Begründung seines Verhaltens, das uns mit der Würde eines deutschen Reichsbeamten und eines aufrechten Mannes nicht vereinbar erscheint, brachte er die „alten Kamellen“ vor, mit denen noch immer die Minister der Reaktion die Nichtsichtigkeiten politischer Demagogenerie zu verteidigen gesucht haben. „Internationale Abwehr des Anarchismus“ heißt das Rezept jetzt. Eine höchst lächerliche Sache! Den Anarchismus im physisch-johannischen Gewand, als Weltanschauung, muß man schon zulassen lassen; den Anarchismus der Tat bringt man mit dem Polizeiknüppel nicht aus der Welt, das kann schließlich auch der Unbegabteste einsehen. Und daß der Terrorismus von unten mit einer mathematischen Gewißheit auslösen muß, lehrt uns die Geschichte aller Jahrhunderte. Nur dort hat er keine Stätte, wo die Massen über die Natur der gesellschaftlichen Entwicklung genügend aufgeklärt sind: was diese Aufklärung verhindert oder erschwert — Vernichtung des Koalitions- und Versammlungsrechtes, schändliche Verwaltungsmaßnahmen, Klassenjustiz, Unternehmerrubrität — fördert und provoziert geradezu Verwirrungsakte der Unterdrückten.

Das unfaßbar schimpfliche Verhalten einflussreicher Kreise zu Rußland, dem barbarischen Staatswesen eines korruptierten und korumpierenden Selbstherrschertums, läßt sich im letzten Grunde aus materiellen Interessen erklären. Die Junkerlaste glaubt bei uns das Privilegium zu haben, von der Arbeit anderer Menschen zu leben; sie läßt sich staatlich aushalten mit allerhand Liebesgaben. Ihr Parasitenleben wird, wie sie ganz richtig voraussehen, von der aufstrebenden Arbeiterbewegung bedroht; daher schaut sie sich bei Zeiten nach einer Rückendeckung um, als welche sie das Jarentum betrachtet. Mit großem Geschick nutzt dabei die zum Hofdienst abkommandierte Schar der Junker die bängliche Furcht mancher Potentaten und Potentitäten vor einem vorzeitigen Abschluß ihres Lebens durch die Kugel oder den Dolchstoß eines verzweifelden oder wahnsinnigen Unterdrückten aus. Die Hoffamatrile würde die Anarchisten und anarchisierende Altentate erfinden, wenn es keine gäbe; und „Anarchist“ ist in ihren Schilderungen natürlich jeder Arbeiter, der gegen Schundlohn, viehische Behandlung und endlose Arbeitsklaverei auftritt.

Die moderne Arbeiterbewegung hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne sich gegen den Terror, das heißt die Tötung einzelner Personen, auszusprechen. Nicht nur aus den allgemeinen Gründen menschlicher Gerechtigkeit und wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern auch aus praktischen: den Beweis, daß Könige getötet werden können, hat schon die englische und französische Bourgeoisie geliefert, den Beweis, daß die Hinrichtung von Präsidenten, Königen und Kaiserinnen am Gange der sozialen Entwicklung nichts ändert, hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte klärlieh erbracht.

Es ist nötig, darauf immer wieder hinzuweisen, weil sich die Ansichten mehren, daß die Feste gegen die Arbeiterbewegung gerade jetzt intensiver betrieben wird als im abgelaufenen Jahr. Ihre Resultate kann man besonders an der Klassenjustiz beobachten, die im Reichstag diesmal mit der gebührenden Rücksichtslosigkeit an den Pranger gestellt wurde. Gerade wenn man des Glaubens ist, daß solche Richter, die bewußt das Recht beugen, selten sind, muß man das Wüten mancher richterlicher Personen gegen die Arbeiterklasse als besonders bedenklich erachten. Die Einseitigkeit des Klassenempfindens hat bei manchem Richter in Deutschland einen Grad erreicht, daß sie anfängt, gemeingefährlich zu werden. Wie wenig eine Besserung zu erwarten ist, mag man daraus ersehen, daß sich der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums hinter allerhand formale Bollwerke zurückzog, um nicht auf die haarsträubenden Einzelfälle eingehen zu müssen. Wenn es wahr ist, daß die Gerechtigkeit die Grundlage des staatlichen Zusammenlebens ist, dann wankt der Klassenstaat von heute bereits bedenklich.

Aber seine Verteidiger und seine Interessenten glauben ja das Mittel zu seiner Aufrechterhaltung in der Hand zu haben: die Armee. Die Phantastie der „Gutgesinnten“ ist erfüllt von dem Traume eines blutigen Zusammenstoßes zwischen der modernen Arbeiterklasse (dem „inneren Feinde“) und der bewaffneten Macht. Die politische Arbeiterbewegung denkt ebensowenig wie die gewerkschaftliche an eine Revolution im Heugabelsinne des Wortes; wir überwinden mit jedem Tage mehr die Reste des Blanquismus, der den Anfängen des modernen Sozialismus anhaftete; auch die hier und da von besonders revolutionär sich gebärdenden Anhängern der Bewegung gebrauchten mißverständlichen Worte ändern an dieser Tatsache nichts, nenngleich sie wegen der unliebsamen Konsequenzen entschlossen zu tadeln sind. Aber die meisten unserer Gegner halten an dem Rezept des „Blut- und Eisenenschen“ fest. Der Kriegsminister v. Södem gab im Reichsparlament diesen Anschauungen einen Ausdruck, der in seiner Naivität unpreußisch komisch wirkte, indem er sagte: „Nehet ist mir ein Soldat mit königstreuer Gesinnung, der schlecht schießt, als ein guter Soldat mit sozialdemokratischer aufgeklärtem Kopfe.“ Das heißt: Gegen den „inneren Feind“ ist die Armee in erster Linie bestimmt — denn nur im Kampf gegen diesen kann doch die „Gesinnungstüchtigkeit“ eine Rolle spielen. Gegen äußere Feinde sind noch immer die guten Schützen wirksam gewesen, eine Erkenntnis, die der alte Fritz in die Worte zusammengefaßt hat, daß der liebe Gott immer mit den härtesten Bataillonen sei. Daß der Militarismus rasch abwirtschaftet, das beweist jedes Denken die Häufigkeit und Schärfe der an ihm geübten Kritik und ihre Aufnahme im Volke. Wisse, Beyerlein, Gushen, Schlicht, und wie sie alle heißen mögen, malen ein leuchtendes Renetel an die Wand. Weisliche Leute sehen aber bei dieser Abwirtschaftung des Militarismus eine nicht zu unterschätzende Gefahr entstehen: bisher haben die Gewalttäter einem Zusammenbruch ihres jeweiligen militärischen Systems im Innern oftmals mit einem „stürzenden, stürzlichen Kriege“ entgegengetreten gesucht. So kann es auch wieder kommen, wenn im Volke nicht solchen Gegnern zur rechten Zeit mit aller Energie Widerstand erzieht. Die Völker sollten lernen und das Wort Hegels zu schanden machen, die Geschichte lehre uns, daß die Menschen nichts aus ihr lernen.

Gewerbegerichtswahlen.

Bei der Wahl in Frankfurt a. M., die zum ersten Mal nach dem Proportionalwahlssystem vor sich ging, erhielt die von den Gewerkschaften angestellte Liste der Arbeiter 6236, die der „Christlichen“ 596 Stimmen. Darnach erhalten die Gewerkschaften 27, die der „Christlichen“ 3 Beisitzer. Von den Arbeitgebern wurden 596 Stimmen abgegeben, auf die sozialdemokratische Liste 97, auf die zünftlerische 211. Auf die erste entfallen 7, auf die zweite 23 Beisitzer.

Terrorismus der freien Gewerkschaften

lautet das lächerliche Thema in ultramontanen und sonstigen völkischen Blättern. Der Zweck ist nur Stimmungsmacherei für die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter, allerdings unter dem Deckmantel: gegen „sozialdemokratischen Terrorismus“, zum Schutz für „widerstandsfähige“ Arbeiter, wie dies der Zentrumskandidat Trimbom am Donnerstag im Reichstag fertig brachte. Damit soll das eigentliche Streben dieser Arbeiterfeinde verdeckt werden und jeder getönt es ihnen auch, ihr Gaudespiel bei den christlichen Arbeitern anzubringen. Und deren Vorkämpfer sind eifrig bei der Arbeit, jeden einzelnen Vorfall aufzufressen, möglichst aufzubauschen, um ihn dann in der „Glaubwürdigen Jesuitenzeitung“ gerecht fassen zu lassen und in alle Welt hinauszupropagieren. So kämpfen denn die christlichen Arbeiterzeitungen in den Versammlungen gegen die freien Gewerkschaften mit diesen zum Teil elenden Verleumdungen, um harmlose Gemüter gungelich zu machen. Ihre unglücklich freche Weise des Auftretens bürgt ihnen dabei oft den Sieg, dafür sind sie ja auch gelehrige Schüler M.-Glabbacher Verdreherei. Mit gleichen Mitteln zu kämpfen lehnen die freien Gewerkschaften ab, deshalb registrieren sie auch den gegnerischen Terrorismus nur in den schlimmsten Fällen.

Den launsvollen Schreibern diene folgender Fall von christlichem Terrorismus zum Studium und Weiterverbreitung, der in dem frommen und ichwarzen Dohlgott i. R., wo die „Christ-

lichen“ domizilieren, vorgefallen ist. Da sich die ultramontane Presse, die nicht genug über Terrorismus schimpfen kann, vollständig über den Fall ausschweift, sei er hier geschildert. Zwei Weber der Firma Weyl & Sohn gerieten über Organisationsfragen in Streit. Der Nichtorganisierte wollte sich von dem „Christlichen“ nicht von der Notwendigkeit des christlichen Verbandes überzeugen lassen, was den „Christlichen“ so in Harnisch brachte, daß er Drohungen ausließ, doch kam es an diesem Tage zu Tätlichkeiten nicht. Drei Tage später ging der Unorganisierte, der dem „Christlichen“ 20 Pf. zu Schnaps (!) geborgt hatte, hin, um sein Geld wieder zu fordern (es war gerade Lohntag). Er erhielt es, mit der Bemerkung, auch das am Sonntag Verprochenes noch zu erhalten. Dabei schlug der „Christliche“ dem Unorganisierten ein Loch in den Kopf, das zugenäht werden mußte. Der Geschlagene mußte sich ins Krankenhaus begeben, worin er sich noch die letzten Tage befand. Das sind die nackten Tatsachen, die keine jesuitischen Kräfte aus der Welt leugnen können. Das Geschrei möchten wir hören, wenn diese gemeine Tat von einem freien Gewerkschafter begangen worden wäre.

Hilfslosentzente (§ 9 Abs. 3 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes).

Der Schlosser Wighert M. erlitt am 26. August 1901 auf Zeche „Mont-Cenis 1“ einen komplizierten Bruch des rechten Vorderarmes, sowie eine Verletzung des Gesichtes mit Verlust des Sehvermögens beider Augen. Der Sektionsvorstand bewilligte dem Verletzten nach Entlassung aus dem Krankenhaus — vom 1. August 1902 bis zum 28. Oktober 1902, dem Tage der Wiederaufnahme der Krankenhauspflege — die Hilfslosentzente von 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes und vom 7. Dezember 1902, dem Tage nach der Entlassung aus dem Krankenhaus ab die Vollrente. W. legte Berufung ein und beantragte Zuerkennung seines vollen Arbeitsverdienstes als Rente, da er hilflos sei und stets eines Begleiters bedürfe. Durch operative Eingriffe ist das Sehvermögen soweit wieder hergestellt, daß der Verletzte grobe Gegenstände sehen kann und in der Lage ist, sich im Raume zu orientieren. Das Schiedsgericht folgte hieraus, daß W. sich in ihm bekannten Räumen wohl allein würde bewegen können, dagegen bedürfe er bei Ausgängen und beim Betreten ihm unbekannter Räume und Ortschaften eines Führers; ferner sei W., da er nur grobe Gegenstände sehen könne, bei fast allen Bedürfnissen des täglichen Lebens auf fremde Hilfe angewiesen. Der Verletzte sei daher auch vom 7. Dezember 1902 ab als hilflos im Sinne des Gesetzes anzusehen. Den Grad der Hilfslosigkeit erachtete das Schiedsgericht mit 90 Prozent als zutreffend abgemessen und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Gewährung einer Rente von 90 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes des Verletzten. Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft und auch der Kläger Rekurs ein. Der letztere beantragte, ihm für die Dauer seiner Hilfslosigkeit eine Rente von 100, mindestens aber 90 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zuzusprechen und der Berufsgenossenschaft die Kosten seiner Vertretung aufzuerlegen, während die Berufsgenossenschaft um Wiederherstellung des Bescheides bat. W. führte an, daß er außer seiner Blindheit an einem komplizierten Bruch des rechten Vorderarmes und an ständigen Kopfschmerzen leide. Er sei infolge dessen nicht nur zu jeder Arbeit unfähig, sondern bedürfe auch noch ständig einer Person zur Wartung und Pflege. Die Berufsgenossenschaft machte geltend, daß der Kläger für die Zeit vom 1. August bis zum 28. Oktober 1902 zwar als blind und deshalb als hilflos zu erachten sei, aber die Hilfslosigkeit sei nicht derartig, daß er stets der Unterstützung anderer bedürfe. Demzufolge sei für diese Zeit eine Rente von 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes ausreichend. Für die Zeit nach dem 7. Dezember 1902 könne der Kläger nicht mehr als hilflos erachtet werden, da er nach dem Gutachten des Dr. K. das Sehvermögen in soweit wieder erlangt habe, daß er grobe Gegenstände sehen und sich im Raume selbst zurecht finden könne. Damit habe er die Fähigkeit erlangt, sich innerhalb seiner Wohnung allein zu bewegen und die meisten Verrichtungen der gewöhnlichen Lebenshaltung selbst auszuführen. Jedenfalls bedürfe er in seinem Hause fremder Hilfe nicht mehr in nennenswertem Maße. Der Rekurs der Berufsgenossenschaft hatte laut Kompas insofern Erfolg, als das Reichsversicherungsamt die Rente für die Zeit vom 1. August 1902 bis zum 28. Oktober 1902 auf 80 Prozent und für die Zeit vom 7. Dezember 1902 ab auf 70 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes festsetzte. — Der „Segen“ unserer sozialen Gesetzgebung erhält durch diesen Entscheid ein großes Schlaglicht.

Nachspiel des Ruhlaer Streiks.

Der Streik in der Uhrenfabrik von Thiel in Ruhla hatte ein Nachspiel vor dem Schöffengericht in Thal. Genosse Seehöfer, der Vorsitzende des Ruhlaer Gewerkschaftsrates, wurde wegen Beamtenebelndigung zu sechs Wochen Gefängnis und Gauleiter D. Wob-Magdeburg zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt. Bei Seehöfer waren vom Anwalt diese zwei Monate Gefängnis beantragt.

Der russisch-japanische Krieg und die schweizerische Uhrenindustrie.

Die Schweizer Arbeiterstimme schreibt: Die Ereignisse in Ostasien werden ohne Zweifel auch unsere Uhrenindustrie ungewißig beeinflussen. Der „Impartial“, der in diesem Industriezweig ebenfalls Schwankungen erwartet, gibt einige interessante Zahlen über den Handel der Schweiz mit Asien. Die Ausfuhr der Schweiz nach Asien erreichte im Jahre 1901 die Summe von 36,7 Millionen, im Jahre 1902 die Summe von 33,1 Millionen. Auf Japan einzig fallen 10,6 Millionen im Jahre 1900, 6 Millionen im Jahre 1901 und 5,6 Millionen im Jahre 1902. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß unser Handel im äußersten Osten in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen ist. Unser bester Kunde in Ostasien ist China, ohn die Schweiz im Jahre 1902 110,988 Nickeluhren und 126,197 Silberuhren exportierte. Wie wir erfahren haben, geht die Arbeit in einigen Uhrenfabriken, die für den Export nach China und Japan arbeiten, schon sehr schlecht.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(G. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die den örtlichen Verwaltungen bereits direkt zugegangenen Bekanntmachungen beruft der Vorstand hiermit die Generalversammlung auf

Diensstag den 24. Mai d. J. nach Neustadt a. d. Saardt ein, mit der Tagesordnung:

1. Bericht der verschiedenen Kommissionen;
2. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission;
3. Statutenberatung;
4. Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisionskommission;
5. Regelung sonstiger Massenangelegenheiten.

Die Generalversammlung findet im „Gesellschaftshaus“, oberhalb des Bahnhofs, statt und wird vormittags 3 Uhr eröffnet. Zutritt ist in Bezug auf Quartier u. s. w. sind an den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herrn Herrn Hartmann, Neustadt an der Saardt, Landauerstr. 22, zu richten.

Die Wahlakten müssen der Generalversammlung vorgelegt werden. Dieselben sind entweder einem Delegierten der Wahlabteilung mitzugeben oder so frühzeitig an den Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herrn Herrn Hartmann, zu senden, daß sie spätestens am 23. Mai dort eingehen. Das Paket ist mit der Aufschrift „Wahlakten“ zu bezeichnen.

Nach § 33 Abs. 2 der Statuten wird die Jahresabrechnung nur gegen Bezahlung von 5 Pf. abgegeben. Um die Auflage feststellen zu können, eruchen wir die Ortsverwaltungen, baldmöglichst ihren Bedarf bestellen zu wollen. Außer den Pflichtexemplaren für die Ortsverwaltungen erfolgt der Versand nur auf Bestellung. Wir eruchen nochmals, die Bestellungen umgehend einzuliefern, weil die Abrechnung demnachst in Druck kommt und nur nach den vorliegenden Bestellungen die Auflage benehnen wird. Zu spät eingehende Bestellungen können dann nicht mehr berücksichtigt werden.

Dieserigen Ortsverwaltungen, welche die Extramarke von 1908 noch nicht eingefendet haben, werden hiermit nochmals aufgefordert, umgeben diese Marken an die Hauptverwaltung einzufenden!

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, sind wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen: P. Klein, 149102; Heiner, Hans, 121996; Ehrlich, Hugo, 146084; W. Helmman, 28990; G. Wutnig, 149164; Woper, 182508. Nach § 5 Abs. 4 des Statuts wurden ausgeschlossen: Herrn. Plagmann, 154208, früher in Kiel.

Hamburg, den 5. März 1904.

Mit Gruß

Der Vorstand.

Hamburg. Eine Konferenz, zu der sämtliche Filialverwaltungen der zwölfsten Wahlperiode eingeladen waren, tagte am 21. Februar in der Lessinghalle. Der Einberufer, D. Schumann-Altona, legte zunächst den Zweck der Konferenz klar. Nach der Konstituierung wurde die vom Einberufer vorgeschlagene Tagesordnung nach kurzer Debatte anerkannt. Vertreten waren die Filialen Altona, Wandsbeck, Bergedorf, Elmshorn, Rotenburgsdorf und St. Georg. Von der Filiale Lübeck ist eine ablehnende Antwort eingegangen. Die Verwaltung der Filiale Büdelsdorf teilt schriftlich unter Gründen mit, daß sie die Beteiligung ablehnt. Von den übrigen Filialen ist Antwort nicht eingegangen. Die Beratung der Anträge des Vorstandes auf Statutenänderung rief eine lange Debatte hervor. Das Ergebnis war folgendes: Bei § 7 Abs. 5 war man allgemein der Ansicht, daß in dem größten Teile der Filialen, die jahrelang ununterbrochen mit Unterbilanz arbeiteten, die Mitglieder bei geringem Verdienst der ersten Klasse angehören und daher die Überversicherung die Schuld trage. Hiergegen sei in Nr. 8 der M.-Ztg. veröffentlichte Antrag Warnst-Berlin eine geeignete Maßnahme. In Verbindung hiermit müsse ferner ein Passus in das Statut eingefügt werden, der die Überversicherung ausschließt. Zu § 9 Abs. 3 erklärten sich sämtliche Redner gegen die Herabsetzung des Krankengeldes. Die Generalversammlung werde Mittel und Wege finden, Leistung und Gegenleistung ins Gleichgewicht zu bringen. Auch hier wurde die Beseitigung der Überversicherung betont. § 10 Abs. 6 wurde ebenfalls abzulehnen empfohlen, da mit der Zusammenrechnung aller Krankheiten, falls keine zweijährige Unterbrechung vorliege, meistens nur erblüche Mitglieder, aber keine Simulanten getroffen würden. Diese würden ihre Erkrankungen derart in die Länge zu ziehen suchen, daß sie das ihnen zustehende Krankengeld sobald wie möglich aus der Kasse herausziehen und dann austreten. Bei § 27 Abs. 3 war die Stimmung zuerst geteilt. Die Ansicht war der Ansicht, daß, da es jetzt schon schwer sei für eine Anzahl kleiner Filialen, gegenüber großen, einen Abgeordneten durchzubringen, es in Zukunft unmöglich sein werde. Die Ansicht der anderen ging dahin, daß bei einer geringeren Zahl Abgeordneter Geld gespart werde und die Hälfte der Abgeordneten die gleiche Arbeit leisten würde wie die jetzige Zahl. Man einigte sich dahin, die Abgeordneten zu beauftragen, für 750 statt 1000 einzutreten. Zu § 29 wurde der Vorschlag gemacht, einen Passus zu beantragen, nach dem die Beisitzer zum Vorstand, Schiedsgericht und Ausschuss von gemeinschaftlichen Mitgliederversammlungen der Filialen, die sich an Sätze der Körperschaften befinden, gewählt werden. Begründet wurde dies damit, daß in den Filialen eine bessere Auswahl zu treffen sei, da die Mitglieder zum größten Teile einander bekannt seien, die Generalversammlung aber die Vorgesetzten wählen müsse, obgleich sie ihr vollständig unbekannt seien. Bei der Beratung über die Kandidatenfrage erklärte Mey sich bereit, eine Kandidatur eventuell anzunehmen. Am Sonntag den 17. April soll eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Filialen von Hamburg und Umgebungen einberufen werden, der unter anderem Vorschläge zu Beisitzern für den Vorstand und das Schiedsgericht gemacht werden sollen. Die Einladung zu dieser Versammlung wurde den Bevollmächtigten der Filialen übertragen.

Hanse. Am 28. Februar fand eine Konferenz der 46. Wahlperiode in Schmandbruch statt. Zunächst wurden die Anträge des Vorstandes zur Statutenänderung durchberaten. Soweit diese durch die Verfügung der Aufsichtsbehörde bedingt sind, wurden ihnen zugestimmt. Ferner wurde der Antrag zu § 7 Abs. 5 nach lebhafter Debatte mit 11 gegen 6 Stimmen gutgeheißen. Einstimmig abgelehnt wurden die Anträge zu § 9 Abs. 3, sowie zu § 27 Abs. 3 und 4. Die Delegierten zur Generalversammlung sollen jedoch kein gebundenes Mandat erhalten, sie sollen sich aber verpflichten, gegen eine etwaige Pensionierung der Vorstandsmitglieder zu stimmen. Ferner wurde beschlossen, einen Antrag an die Generalversammlung zu stellen, betreffs Aufnahme einer Bestimmung zu § 10, Abs. 6, daß bei Streitigkeiten über Identifizierung mehrerer Erkrankungsfälle durch den Vorstand, das Urteil des Vertrauensarztes oder Kreisphysikus maßgebend sein soll. Dann soll ein Antrag eingebracht werden, daß bei Einteilung der Wahlbezirke mehr wie bisher auf die geographische Lage Rücksicht genommen wird. Die nächste Konferenz soll ungefähr vier Wochen nach der Generalversammlung in Gasse stattfinden.

Kappel. Am 20. Februar hielt die Filiale Kappel-Schmied eine Versammlung ab. Bei Besprechung der Anträge des Vorstandes wurde bei § 7 Abs. 5 die vom Vorstand vorgeschlagene Änderung scharf verurteilt. Es wurde angeführt, daß durch irgend welche Umstände, die außer der Macht der Mitglieder liegen, eine Filiale mehrere Male mit Defizit abschließen kann, und deshalb Extrabeträge leisten soll, trotzdem die Filiale vorher namhafte Überschüsse an die Hauptkasse eingekandt hatte. Wo bleibt da der Vorzug einer Zentralkasse? Wo bleibt da die Solidarität der Mitglieder? Dann ist jedenfalls eine Lokalkasse vorzuziehen. Zu § 9 Abs. 3 war man der Ansicht, daß es doch an der Zeit wäre, einmal die Frage: Verwandlung in eine Zusatzkasse, näher zu treten, da jetzt die Steuer mit dem Bezug des Krankengeldes nicht so recht im Einklang stehe, namentlich wenn man das scharfe Vorgehen des Vorstandes dabei in Betracht zieht. Als Zusatzkasse könnten wenigstens die jetzigen Sätze in Kraft bleiben. § 10 Abs. 6 und 7: Es wäre doch viel richtiger, etwas offener zu sein. Nach den Bestimmungen, wie sie der Vorstand vorgeschlägt, wird kaum jemals ein Mitglied, das ausgesteuert ist, wieder zu Krankengeldbezug kommen, da die meisten ausgesteuerten Kranken Ganz- oder Halbinvaliden sind und nie zwei Jahre vergehen werden, in denen sie ohne Unterbrechung vollständig gesund sind. Denn jede Krankheit unterbricht die Zeit, und die zwei Jahre werden in den seltensten Fällen zusammen kommen. Da wäre es doch richtiger zu sagen: Wer ausgesteuert ist, scheidet aus der Kasse, kann sich aber durch Zahlung eines jährlichen Beitrags sein Sterbegeld sichern. Im Anschluß hieran wurde das schonungslose Vorgehen des Vorstandes einer scharfen Kritik unterzogen, da es dadurch fast unmöglich ist, neue Mitglieder zu werben und die gesunden Mitglieder zu erhalten. Als Kandidat für die bevorstehende Generalversammlung wurde einstimmig Genosse Hermann Kraus vorgeschlagen.

Kassel-Wehltheiden. Am 21. Februar fand eine Versammlung der hiesigen Filiale statt, zu der auch mehrere Ortsbeamte benachbarter Filialen erschienen waren. Der Antrag des Hauptvorstandes: Filialen, die fortgesetzt mehrere Jahre mit Unterbilanz arbeiten, Extrabeträge aufzuerlegen, wurde von den meisten Rednern bekämpft mit dem Hinweis, daß man derartige faule Filialen einfach auflösen müsse, oder ihre Ortsbeamten nicht mehr beschäftigen dürfe. Weiter wisse man nicht, ob nicht auch unfruchtbare Filialen von einer solchen Maßregel getroffen würden. Auch würde die Zentralisierung unserer Kasse durchbrochen. Der von Warnst-Berlin in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichte Antrag fand allgemeinen Beifall. Das Einfordern der Invalidentarte von gewissen Kranken durch den Vorstand wurde mißbilligt; namentlich bei Eisenbahnern mache das Schwierigkeiten, da diese keine Invalidentarten besitzen.

Magdeburg. Am 21. Februar fand eine Konferenz der 17. Wahlperiode in Magdeburg-Neustadt statt. Vertreten waren die Filialen Magdeburg, Alte Neustadt, Bependorf, Diesdorf, Friedrichsstadt, Groß-Otterleben, Krausa, Lemsdorf, Neue Neustadt, Staßfurt, Lubenburg, Wilhelmshafen, Klein-Otterleben. Einer eingehenden Beratung wurden die vom Vorstand gestellten Anträge unterzogen.

Die meisten wurden als zu weitgehend bezeichnet und abgelehnt. Den §§ 5 und 6 wurde in der vom Vorstand beantragten Form zugestimmt. Zu § 7 stellt die Konferenz den Antrag, die Generalversammlung sollte beschließen, dem Abs. 9 folgende Fassung zu geben: Jedes Mitglied ist berechtigt, ohne Genehmigung des Vorstandes sich bis zur Höhe seines Arbeitsverdienstes auch anderweitig zu versichern. Dem § 11 Abs. 6 soll folgende Fassung gegeben werden: Bei Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Paragraphen tritt für den einzelnen Fall eine Buße ein in Höhe des Krankengeldes bis zu drei Tagen. Nach Verlauf von vier Wochen muß das Mitglied sich verpflichten haben, diese Buße zu bezahlen, sonst Punkt der Tagesordnung, Aufstellung von Kandidaten, entspannt sich ebenfalls eine rege Debatte. Als Kandidaten wurden die Kollegen Reichert-Sudenburg, Hoffmann-Magdeburg-N., Laube-Magdeburg-Alte Neustadt, Karthäuser-Lemsdorf und Nepler-Staßfurt in Vorschlag gebracht.

Wannheim. Am 28. Februar fand in Wieblingen eine Konferenz der 51. Wahlperiode statt. Gegen die Vorschläge des Vorstandes wurde zu § 7 Abs. 5 Front gemacht und die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Generalversammlung nicht dazu hergeben wird, diesen Antrag anzunehmen, indem das gegen jedes demokratische Gefühl verstoßen würde. Ebenso sprachen alle Redner gegen die beabsichtigte Änderung des § 10 Abs. 6 aus. Auch die Herabsetzung der Unterstützung wird gegen die Stimmen von Wannheim-Schwefelgörsdorf und Lindenhof verworfen. Dann wurde ein Antrag angenommen, daß sämtliche Bestimmungen über Aufnahmen, Zusammenziehung der Krankheiten, sowie Bekanntgabe der Verufe, die nicht aufgenommen werden, ins Statut aufgenommen werden sollen und nicht durch allgemeine Bestimmungen nur den Verwaltungen bekannt gegeben werden.

Regensburg. Am 21. Februar fand hier die Konferenz für Bayern statt. Vertreten waren 15 Filialen durch 17 Delegierte. Als Vertreter des Vorstandes war Genosse Weisinger, der sich auf einer Tour in Süddeutschland befand, anwesend. Der Referent bemerkte zunächst, daß die Paragraphen, die durch die Fassung der neuen Krankenkassennovelle in Mitleidenschaft gezogen werden und eine Änderung erfahren müssen, schon in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurden und jedem Kassennmitglied, das sich um die Sache bekümmert, bekannt seien. Anders sei es mit den übrigen Abänderungsvorschlägen. Hier kommen zunächst der § 7 Abs. 5 in Betracht, der folgende Fassung erhalten soll: „Die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsgremien... (Die Generalversammlung hat dieselben zu bezeichnen) haben monatlich in jeder Klasse einen Wochenbeitrag mehr zu entrichten, bis die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der örtlichen Verwaltungsgremien einschließlich der Rücklagen zur Annullierung beziehungsweise Ergänzung des gesetzlich vorgeschriebenen Referendums ausreichen.“ Der Vorstand sagt hierzu in seiner Begründung, daß dieser Vorschlag einer Annullierung Rechnung trage, die schon in früheren Generalversammlungen gemacht wurde, nachdem es verschiedene Filiale gebe, die seit ihrem Bestehen auf Kosten der Gesamtheit ihr Dasein fristen, daß endlich einmal „Gleiches Recht für alle und gleiche Pflichten“ Geltung haben müssen. Dabei sei nicht gesagt, daß solchen Filialen dauernd höhere Leistungen auferlegt werden sollen, sondern nur für solange, bis der nötige Ausgleich herbeigeführt ist. Nicht immer sei der schlechte örtliche Gesundheitszustand schuld, sondern in vielen Fällen die Nachlässigkeit der Mitglieder und der Verwaltung und wird eine solche Maßregel gar bald in dieser Beziehung eine wohlthätige Wirkung ausüben. Doch seien auch damit nicht alle diejenigen Filialen gemeint, die im letzten Jahre eine Mehrausgabe hatten, die Entscheidung hierüber habe die Generalversammlung zu treffen. — Der Referent bemerkt, daß hier wohl von einer ausgleichenden Gerechtigkeit keine Rede sein könne, daß vielmehr diese Fassung einen Rutschuck-Paragraphen allerersten Ranges darstelle. Man könne die Mitglieder nicht verantwortlich machen, die an Orten ihren Wohnsitz haben, wo ganz miserable gewerbehygienische und sonstige soziale Missstände herrschen. Sie haben für ihre bisher durch das Statut gewährleisteten Rechte je nachdem eine Strafgebühr zu zahlen. Es sei ja richtig, daß eine Berufsart mehr oder weniger gefährlich ist als eine andere, gegen faule oder unbrauchbare Verwaltungen müßten andere Mittel gefunden werden, man könne aber auch nicht sagen, daß eine Filiale, die mit ihren Mitteln nicht auskommt, aus lauter Simulanten bestehe. Weisinger erklärte, daß nicht beabsichtigt sei, etwa ein riesiges Vermögen anzukammeln, denn sobald dies der Fall, würden die Mitglieder selbst den Regulator spielen, aber es muß so gearbeitet werden, daß die Einnahmen die Ausgaben decken inklusive des Referendums. Der Vorstand habe deshalb seine Vorschläge gemacht. Mit diesen Zusatzfilialen höre das Solidaritätsgefühl auf, in Orten mit schlechten hygienischen und sozialen Verhältnissen soll auch eine gewisse Gefahrenklasse bestehen, jede Berufsgenossenschaft und jede Versicherungsanstalt verfare nach diesem Prinzip. Mit dem Solidaritätsgefühl falle man sehr leicht hinein. Die Vorschläge des Vorstandes seien gesetzlich zulässig und die Generalversammlung habe über die Annahme zu entscheiden. — In der Diskussion wurde hauptsächlich betont, daß der Vorstand selbstverständlich seine Pflicht getan habe, aber ein Ausnahmefall wolle man nicht; diese Änderung bedeute eine Negation des wichtigsten Grundgesetzes von Krankenkassen: Solidarität der Versicherten, und es wäre eigentlich ein Unikum, wenn eine derartige Einrichtung getroffen würde. Statt Gefahrenklassen könne man nach Berufs- oder Altersklassen Aufnahmen und Beiträge bewerkeln. Wenn es an der jeweiligen Verwaltung liege, ob die Filiale gut oder schlecht bilanziere, so möge man lieber einen Revisionsbeamten anstellen oder eine schlechte Filiale von einer anderen kontrollieren lassen. — Der beantragte Absatz 5 des § 7 in der Fassung des Vorstandes wurde einstimmig abgelehnt. Zu § 7 Absatz 7 führte Weisinger aus, daß der Vorstand die Sache so auffasse: wenn ein Mitglied übertritt, so tritt er in dem Moment, wo die Karenzzeit vorüber, in die Leistungen ein, in die das betreffende Mitglied durch seinen Übertritt verkehrt wird. Bezüglich des Sterbegeldes sei die Sache so, wenn ein Mitglied von einer Klasse in eine andere übertritt mit einer Mitgliedschaftsdauer von sechs oder zehn Jahren, so ist gegebenenfalls eine Hauptberechtigung in der jeweiligen Klasse, in die der Übertritt erfolgte, unter Berücksichtigung der Mitgliedschaftsdauer. § 9 Absatz 3 soll nach dem Vorstandsvorschlag folgendermaßen abgeändert werden:

Table with 2 columns: Klasse pro Tag, 2,10 Mk., pro Woche 12,60 Mk. and corresponding values for 1,65, 1,25, and .80.

Begründet wird dies vom Vorstand durch die gesetzliche Auflage in bezug auf den Referendums. Der Referent bemerkt hierzu, daß unter den jetzigen Verhältnissen von einer Erhöhung der Beiträge abgesehen werden müsse. Durch die Reduktion der Unterstützungen werde der Referendums auch entlastet. Weisinger führt aus, daß wohl schon früher Stimmen laut wurden, die die „G. S. 29“ herbeiführen wollten; dann brauchten wir allerdings keinen Referendums, nur wurde hier vergessen, daß das Privatversicherungs-gesetz da sei und dann schwerer wiegende Auflagen gemacht würden, als dies beim jetzigen Zustand der Fall ist. Man könne eben hier unmöglich sagen: „Es muß weiter gewürfelt werden.“ Früher habe die Kasse den 25fachen Betrag gegenüber den Beiträgen an Unterstützung gewährt, später ging man auf den 36fachen Betrag hinauf und mußte dann wieder auf den 28fachen Betrag zurückgehen; mit dem zunehmenden Alter der Mitglieder käme eben auch ganz natürlicher Weise eine zunehmende Belastung der Kasse. Die Fassung des Vorstandes wurde mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen und ein Kompromißantrag mit allen gegen 2 Stimmen angenommen: die Hälfte der vom Vorstand geforderten Unterstützungshöherungen zu genehmigen. — Zur beantragten Änderung des § 10 Absatz 6 wurde vom Referent ausgeführt, daß ein Teil dieser Abänderung in bezug auf Zusammenziehung der Krankheiten vom finanziellen Standpunkt aus sehr günstig für die Kasse sei, für die Mitglieder aber eine ungerechtfertigte Härte in sich berge. Weisinger führte aus, wenn man alles verwerfe, könne man keine durchgreifende Sanierung der Verhältnisse vornehmen. Der Gedanke, die dreitägige Karenzzeit in Wegfall kommen zu lassen, bedeute doch einen ganz enormen Fortschritt, der

mit durchaus nicht geringen Kosten verknüpft ist; das eine gehe aber nicht ohne das andere und er warne vor übergroßer Humanität. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß bei der geplanten Zusammenziehung der Krankheiten alle Altersklassen der Mitglieder getroffen werden; wenn eine Änderung getroffen werden solle, würde es sich empfehlen, mit der zunehmenden Mitgliedschaftsdauer die Unterstützungsbauer zu erhöhen, hier müßten aber auch entsprechende Nebengangsbestimmungen geschaffen werden. Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Vorstandes abgelehnt. — Über das Reglement bemerkt der Referent, daß dies ja das Schmerzenskind sei, es müsse hier eine durchgreifende Änderung vorgenommen werden. Das Statut biete Handhabe genug, die bei Neuaufnahmen geltend gemacht werden können und er empfehle den § 8 Absatz 1 dahin abzuändern, daß er heißen soll: der Kasse kann jeder Metallarbeiter und jeder in der Metallindustrie beschäftigte Arbeiter beitreten, welcher z. B. auch bezüglich des Ausschusses seien genügend Bestimmungen vorhanden, das sogenannte Grundigungs-system sei nicht weniger als eine Annehmlichkeit und auch nicht absolut zuverlässig. Nachdem Weisinger hier den Standpunkt der Vorstandschaft klargelegt, alle übrigen Redner sich aber im Sinne des Referenten äußerten, wobei hauptsächlich betont wurde, daß man der Ansicht des Kollegen Warnst und dessen Antrag sehr sympathisch gegenüberstehe, wurde das Reglement verworfen. Bezüglich einer Abänderung des § 7 Absatz 9 wurde einstimmig beschlossen, daß der § 7 Absatz 6 die Fassung erhalten soll: Jedem Kassennmitglied ist es freigestellt, in eine beliebige Klasse eintreten zu können. Die weiteren Absätze sollen wegfallen. Der vorgedruckte Zeit halber konnte auf verschiedene Anregungen und Vorschläge bezüglich des Schiedsgerichtes, Ausschusses zc. nicht mehr eingegangen werden.

Stuttgart. Am 21. Februar hielt die 58. Wahlperiode eine Konferenz im Gewerkschaftshaus ab, die von 33 Delegierten aus 18 Filialen besetzt war. Zu § 7 Absatz 5 entspann sich eine längere Debatte, sämtliche Redner sprachen sich gegen den Antrag des Vorstandes aus. Bei § 9 Absatz 3 wurde für die Herabsetzung des Krankengeldes in jeder Klasse um nur 10 Pf. gestimmt. § 10 Absatz 6 und 7 wurde einer scharfen Kritik unterzogen, worin betont wurde, daß unsere Kasse ihr allgemeines Ansehen verliere gegenüber anderen Hilfskassen. Wir würden nach der beantragten Änderung selbst eine Warnungstafel gegen unsere Kasse aushängen. Bei § 11 Absatz 6 wurde dahin beschlossen, daß anstatt Verhängung, Gesundheitsmeldung zu setzen sei, angenommen. Zu den übrigen Anträgen wurden teils kleine Änderungen vorgeschlagen, teilweise wurde ihnen zugestimmt. Im Verlaufe der Konferenz wurde noch der Wunsch geäußert, der Vorstand möge die geographische Lage der Filialen besser berücksichtigen betreffs der Konferenzen, da einige Filiale bedeutend näher zu anderen Abteilungen hätten als wo sie jetzt sind. (Das ist Sache der Generalversammlung. Red.) Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß Kranke, die Ausgang haben, zur Wahl zugelassen werden sollen, wenn die Wahl in die Ausgangszeit falle.

Bemerkung der Redaktion.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen dringend, ihre Berichte so kurz als möglich zu fassen, Wiederholungen und weniger Wichtiges zu vermeiden. Berichte, die nichts weiter enthalten als die Ablehnung oder Annahme von Anträgen des Vorstandes, nehmen wir nicht mehr auf, denn die Abstimmung findet bekanntlich auf der Generalversammlung statt.

Literarisches.

Der Praktische Maschinenbauer, Hand- und Lehrbuch für Maschinenbauer, welches wir in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung besprochen, enthält in unserer Besprechung eine Unrichtigkeit insofern, als wir den Modellband direkt zum Lehrbuch gehörig bezeichneten. Durch die Verlagsfirma in Leipzig werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der betreffende Modellband getrennt vom Lehrbuch zum Preise von 5 Mk. erhältlich ist, und somit der Gesamtpreis für beides 25 Mk. statt 20 Mk. beträgt (s. Inserat). Wir bitten die Leser dieses Blattes um Beachtung dieser Berichtigung. Die Anschaffung des Wertes können wir nur empfehlen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 28. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine verhäßliche Fremdherrschaft. — Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. Ein Referat, eingeleitet von F. A. Sorge. — Die preussische Regierung am Scheidewege. (Der Entwurf des Knappschaftsreformgesetzes.) Von Otto Gué. — Allerhand Revolutionäres. Von Karl Kautsky. III. (Schluß.) — Literarische Rundschau: Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien. Von K. K. — Notizen: Die angebliche Wirkung hoher Kindersterblichkeit im Sinne Darwinischer Auslese. Von n-. Aus der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Vergesellschaft. Von d.

Briefkasten.

B. R., Elbing. Gesehen kann man nach der „neuen Technik“ schon, aber jedes Stück wird sicher Ausschub. Das gewünschte Buch können Sie durch A. Hartleben, Leipzig, beziehen.

Mitteilung der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entfallenden Mehrposten muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Mitteilungen des Verlags.

Offerten unter Chiffre sind nicht an die Expedition, sondern an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu adressieren, und ist auf dem Couvert stets die Chiffre deutlich anzuschreiben.

K. D. in Berlin. G. Sch. in Sorge, und andere. Bei Stellenangeboten sind die Bewerbungschriften stets unter der Chiffre an den Verlag des Blattes zu richten, welche in dem betreffenden Inserat angegeben sind. Auskunft wird von uns nicht erteilt, die Schreiben werden unersüßnet an die betreffende Firma abgesandt, und bedeutet keine Antwort seitens dieser Firma (soweit, als die betreffende Stelle bereits besetzt ist). Ferner wiederholen wir nochmals, daß in den Bewerbungsschriften nur falsche Angaben zu machen sind, welche vom Inserenten direkt im Inserat verlangt werden.

K. M. Neugersdorf. Die Anschaffung des Wertes für die dortige Bibliothek ist zu empfehlen. Wir verweisen Sie auf die Bemerkung unter „Literarisches“.

Inhalt von Nr. 11.

Die wirtschaftliche Kalamität des russisch-japanischen Krieges. — Aus den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften. — Die Organisation, Kampfmethoden und soziale Lage der englischen Metallarbeiter. — Noch einiges zu dem Kapitel Akkordarbeit. — Die Scharfmacher am Schleifstein. — Ein angegebener Stimm. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Korrespondenzen. — Aus der Metallindustrie: Verein deutscher Maschinenbauanstalten. — Rundschau: Der Reichstag. Hilfslosente. Terrorismus der freien Gewerkschaften. — Allgemeine Kranken- und Sterbestatistik der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29.): Bekanntmachung. Korrespondenzen. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)

Altenburg. Samstag, 12. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Altdorf. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“.

Altschnee. Sonntag, 20. März, nachm. 3 Uhr, im „Hilfen Kreuz“.

Amstutz. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, bei Gustav Albrecht.

Arnstadt. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bambach. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bamberg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg. Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bayreuth (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bielefeld (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Bismarck (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Braunschweig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Burg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Chemnitz (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Coburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Darmstadt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Dresden (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Erfurt (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Frankfurt a. M. (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Halle (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hannover (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Hildesheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Kassel (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Köln (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Königsberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Leipzig (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Mannheim (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Münster (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Nürnberg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Osnabrück (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Paderborn (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Regensburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Reutlingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Saarbrücken (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Siegen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Stuttgart (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Tübingen (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Ulm (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Worms (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Würzburg (Allg.). Samstag, 19. März, abends 8 Uhr, im „Zioli“.

Gesucht an jedem Orte Leute, welche den Betrieb hochlegen. Schriftl. Anträge an: **F. Hoffmann & Co., Reichstr. 44.**

Rechte Hienlong-Essen für die Arbeiter. Preis 1 Pf. 20 Stk. (50 Pf. 100 Stk.).

J. Jentzsch & Co. Berlin NW, Spandauerstr. 65.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Merkulas tragen. Allen Arbeitern sehr nützlich. Sehr leichtes Leder in prächtigen, neuen, bunten Farben, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Große Stiefel mitlauf. Die Hose bei Einzahlung von 4 Mk. 50.

Baer Sohn

En gros. BERLIN. En detail. Spandauerstr. 65. Spandauerstr. 65. Spandauerstr. 65.

Baer Sohn

En gros. BERLIN. En detail. Spandauerstr. 65. Spandauerstr. 65. Spandauerstr. 65.

Gewinnschneiden u. Berechnen v. Lukasewicz, m. 20 Abbild., von Dr. v. Gasch, St. Ludwig, Els.

Zahlung 23. 24. u. 26. März 1904

4te Grosse Freiburger Geld-Lotterie

Loose à 3.30 Porto und Liste 30 Pfg. extra.

12,184 Geldgewinne ohne Abzug Mark

322500

Hauptgewinne:

1 à 100,000

1 à 40,000

1 à 20,000

1 à 10,000

1 à 5,000 = 5,000

2 à 3,000 = 6,000

2 à 2,000 = 4,000

5 à 1,000 = 5,000

20 à 500 = 10,000

200 à 100 = 20,000

2000 à 50 = 100,000

10000 à 10 = 20,000

3750 à 6 = 52,500

Eberhard Feizer, Stuttgart.

Einzigster Siebmacher und Drabflechter

fabrikt bearbeitete Schiffsflaggen bei **G. Vogel, Drabwarenfabrik, St. Gallen (Schweiz).**

Hygien-Bedarfsartikel

geschliffen, neuzeitl. Preisl. grat. (von **M. Braun, Mannheim 73.**)

Formor-Werkzeuge

besitzt die besten Werkzeuge

A. SCHIRMER, Leipzig-Schl.

1. Sächs. Formwerkzeugfabrik. Katalog frei. Muster gratis. Schraub.

Formor-Werkzeuge

besitzt die besten Werkzeuge

A. SCHIRMER, Leipzig-Schl.

1. Sächs. Formwerkzeugfabrik. Katalog frei. Muster gratis. Schraub.

Gesucht mit sofortigem Eintritt ein **Lehrer Metallarbeiter** der mit allen einschlägigen Arbeiten vollständig vertraut und zweijährig ist. (42 Jahre, Laube & Co., Cröden (Baden)).

Drabflechter in der Provinz von Drabkannen und für vierer Maschinen. Besondere für Strickerei. Schriftl. Angebote für Straßburg. **Paul Reger, Friedrichstr. 101, 100.**

Kollegen! Wer Duff hat, sich einen lohnenden Nebenberuf oder eine feste Anstellung in der Versicherungsbranche zu verschaffen, erhält von einem ehemaligen Kollegen die dazu notwendige theoretische und praktische Anleitung. Berlin und Umgebung bevorzugt. Offert. unter G. N. 100 an den Verlag des Blattes. [48]

RASIERMESSER von vornehmster Güte und Schnittfähigkeit empfohlen. **Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Fochte b. Solingen, P.R.G.M.**

Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl M. 2.25

Kronen-Silber-Stahl M. 2.25

Fertig zum Gebrauch mit Korb. Für jedes Büchel wird garantiert. Strichmesser M. 1.— bis M. 1.50.

Rasiermesser, Rasiermesser, Rasiermesser M. 1.— bis M. 1.50.

M. 1.— bis M. 1.50. Rasiermesser, Rasiermesser, Rasiermesser M. 1.— bis M. 1.50.

Verzinkt gegen Rost. Katalog mit über 300 Abbildungen bitte zu verlangen franko und unsonst.

Alexander Schlicke & Co.

empfehlen sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller Arbeiten in Buchdruck bei sorgfältiger und gediegener Ausführung sowie solider Berechnung.

Die Buchdruckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter der Firma **Alexander Schlicke & Co.** Stuttgart, Rötterstrasse 16B

Wollen Sie?

sich elegant kleiden und durch direkten Bezug von Damen- und Herren-Kleiderstoffen, Baumwollwaren, fertiger Wäsche, Ausstattungs- und Bekleidungs-Artikel jeder Art **viel Geld sparen?**

dann verlangen Sie mittelst Postkarte kostenlose Zusendung unserer prachtvollen **Muster-Auswahl franko! Katalog gratis!**

Tuchausstellung Augsburg 313

Wimpfheimer & Cie.



RASIERMESSER von vornehmster Güte und Schnittfähigkeit empfohlen. **Fritz Hammesfahr, Fabrik u. Versandhaus, Fochte b. Solingen, P.R.G.M.**

Nur bei mir zu haben.

Kronen-Diamant-Stahl M. 2.25

Kronen-Silber-Stahl M. 2.25

Fertig zum Gebrauch mit Korb. Für jedes Büchel wird garantiert. Strichmesser M. 1.— bis M. 1.50.

Rasiermesser, Rasiermesser, Rasiermesser M. 1.— bis M. 1.50.

M. 1.— bis M. 1.50. Rasiermesser, Rasiermesser, Rasiermesser M. 1.— bis M. 1.50.

Verzinkt gegen Rost. Katalog mit über 300 Abbildungen bitte zu verlangen franko und unsonst.

Für nur 2 Mark

monatliche Holzschneidemaschinen

Für nur 2 Mark

monatliche Holzschneidemaschinen

von **Fritz Hammesfahr & Co.** in Solingen

ca. 1000 Jahre Holzschneidemaschinen

von **Fritz Hammesfahr & Co.** in Solingen

30 bis 40 Jahre Holzschneidemaschinen

von **Fritz Hammesfahr & Co.** in Solingen

Die geschätzten Leser bitten wir, bei Anfragen, Bestellungen von Preislisten und bei Aufträgen stets auf die **Metallarbeiter-Zeitung** Bezug zu nehmen. Verlag der Metallarbeiter-Zeitung.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstrasse 16 B.